

PROTOKOLL DER EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG
VON MITTWOCH, 4. MÄRZ 2015, 20.00 UHR,
IN DER AULA GYMNASIUM OBERWIL

- Traktanden
1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2014
 2. Überarbeitetes Leistungsbudget 2015
 - 2.1. Sparvorschläge zuhanden der Gemeindeversammlung
 - 2.2. Steuern und Gebühren 2015
 - 2.2.1. Gemeindesteuern
 - 2.2.2. GGA-Gebühren
 - 2.3. Leistungsbudget 2015
 3. Diverses
-

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin (Versammlungsleiterin), eröffnet die Gemeindeversammlung und begrüsst die sehr zahlreich erschienenen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Namen des Gemeinderates. Sie gibt zunächst einige Informationen. Es ist vorgesehen, dass es heute neun Stimmzähler geben soll. Aus diesem Grund haben die Anwesenden auf ihrem Sitzplatz ein farbiges Blatt gefunden. Einzelne Anwesende haben kein solches Blatt, weil sie hinter oder neben den so markierten Plätzen sitzen. Das macht aber nichts; wichtig ist einfach, dass die Stimmzählerinnen und Stimmzähler genau diejenigen Reihen zählen, die ihnen zugeweiht sind. Es wird nachher vielleicht erst einmal einen Probedurchgang geben. *[Heiterkeit]* Es geht einfach darum, dass die Zuordnung wirklich klar ist.

Die grosse Beleuchtungsanlage hier in der Aula des Gymnasiums ist nicht wegen der Gemeindeversammlung vorhanden, sondern wegen einer Theateraufführung «Wir sind Else» frei nach Arthur Schnitzler, die kommende Woche hier stattfinden wird. Herr Stefan Toth, Lehrer am Gymnasium und heute für die Technik zuständig, hat gebeten, hierauf aufmerksam zu machen.

Lotti Stokar begrüsst für die Presse Georges Küng (BiBo), Delia Pfirter (BaZ) und Michel Ecklin (bz). Als Gast ist Roland Roskopf, Vorstandsmit-

Gemeindeversammlung vom 4. März 2015

glied des Schweizerischen Marktverbandes, Sektion Nordwestschweiz, anwesend. Er interessiert sich für den Oberwiler Markt und für die heute zu diesem Thema anstehende Diskussion und Abstimmung. Mit ihm zusammen hat sich Philipp Widmer eingefunden, er ist Redaktor der Schweizerischen Marktzeitung. Die beiden Herren sind nicht stimmberechtigt und sitzen deshalb vorne. Weiter ist der schon erwähnte Stefan Toth als Verantwortlicher für die Steuerung der Tonanlage und die Tonaufzeichnung für das Protokoll anwesend. Gleichfalls anwesend ist Evelyne Iten, Mitarbeiterin der Gemeindeverwaltung und zuständig für die Organisation der Gemeindeversammlung.

Am Gemeinderatstisch sitzt ausnahmsweise der Finanzchef der Gemeinde, Maurus Zink. Er ist nicht der achte Gemeinderat, aber er hilft, dass die Präsentation immer aktuell ist und wird dafür sorgen, dass am Schluss die richtige Zahl für das Leistungsbudget ermittelt wird, über die dann abgestimmt wird.

Lotti Stokar bittet alle Anwesenden, die nicht stimmberechtigt sind, vorne rechts in den ersten zwei Reihen Platz zu nehmen. Sie stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig und formgerecht bei den Stimmberechtigten eingetroffen ist. Sie stellt ferner fest, dass Einwände gegen die Geschäftsabwicklung sofort gemeldet werden müssen, spätestens nach Abschluss des jeweiligen Traktandums.

Die Versammlungsleiterin stellt nun die Stimmzählerinnen und Stimmzähler vor und bittet, dass die Anwesenden jeweils bei deren Nennung ihre farbigen Zettel hochhalten, damit die Zählerinnen und Zähler sehen, wo sich ihr Block befindet.

Block 1, grün: Denise Jundt

Block 2, hellgelb: Hansjürg Finsterwald

Block 3, hellblau: Verena Burgy

Block 4, rot: Ingrid Ratzkowski

Block 5, gelb: Paul Stöcklin

Block 6, hellgrün: Alfred Metzler

Block 7, hellgelb: Madeleine Feiss

Block 8, blau; Hans Hofer

Block 9, gelb: Daniel Gmür

Lotti Stokar bittet die Stimmberechtigten, nachher bei den Abstimmungen beim Handaufheben die farbigen Zettel vorzuweisen. Wer ein Votum abgeben will, soll sich an eines der vier in den Gängen aufgestellten Mikrofone begeben und zuerst deutlich seinen Vor- und Zunamen nennen; diese Angaben werden fürs Protokoll benötigt. Ein weiteres Mikrofon steht vorne bei den Plätzen der Gemeindegemeinschaft und kann ebenfalls von Votanten benutzt werden.

Auf das Ende der Gemeindeversammlung werden bei der BLT Zusatzbusse bestellt. Man hofft auf ca. 23.15 Uhr. *[Heiterkeit]* Die Abstimmung über das Leistungsbudget soll auf jeden Fall heute herbeigeführt werden. Schlimmstenfalls behält sich die Präsidentin vor, das Traktandum «Diverses» auf die nächste Gemeindeversammlung zu verschieben, die ja bereits in knapp drei Wochen stattfinden wird.

Lotti Stokar fragt an, ob Einwände dagegen bestehen, dass heute so, wie in der Einladung angegeben, verfahren wird.

Guido Nigg zitiert aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2014, wo es heisst: «Der Steuerfuss für natürliche Personen bleibt bei 48% des Staatssteuerbetrages für Einkommen und Vermögen», dann: «Der Ertragssteuer der juristischen Personen gem. § 58 Absatz 2 StG von 4% wird zugestimmt», weiter: «Die Kapitalsteuer der Kapitalgesellschaft und Genossenschaften gemäss § 62 Abs. 2 StG wird zugestimmt» und schliesslich: «Die GGA-Gebühr beträgt CHF 10.00 pro Monat». Der Votant beantragt, dass an der heutigen Versammlung auf das Traktandum 2.2, «Steuern und Gebühren», nicht eingetreten wird. Er begründet dies wie folgt: Es ist rechtlich höchst umstritten, ob die von ihm zitierten Gemeindeversammlungsbeschlüsse vom Dezember 2014 jetzt im März wieder aufgehoben werden könnten. Man muss befürchten, dass am Ende die Gerichte darüber entscheiden müssten, ob das überhaupt zulässig ist. Wenn es tatsächlich möglich wäre, dann könnte heute ebenso rückwirkend nochmals über den Steuerfuss für 2014 entschieden werden; und das kann wohl kaum zulässig sein. Darum bittet der Votant die Versammlung, einem Verzicht auf Traktandum 2.2. zuzustimmen, mit dem Ziel, dass die im Dezember beschlossenen Steuersätze gültig sind und bleiben.

Lotti Stokar erklärt, dass sie über diesen Antrag nicht abstimmen lassen wird. In § 158 des Gemeindegesetzes heisst es, dass der Gemeinderat das Budget für das kommende Rechnungsjahr aufstellt und es der Gemeindeversammlung vorlegt. Absatz 2 lautet: «An derselben Versammlung ist auch der Steuerfuss der Gemeinde zu beschliessen.» Das bedeutet, das Budget und der Steuerfuss müssen immer an derselben Gemeindeversammlung behandelt werden. Auch in der Gemeindekommission wurde diese Frage gestellt, und man hat diese Frage auch dort rechtlich geprüft. Der Gemeinderat ist sich ganz sicher, dass es sich so verhält. Es ist sogar so, dass, wenn der Gemeinderat den Beschluss über die Steuerfüsse nicht traktandiert hätte, dies aus der heutigen Versammlung heraus hätte beantragt werden können. Die Steuer-Diskussion muss also heute geführt werden. Über den Antrag von Guido Nigg kann insofern gar nicht abgestimmt werden.

90

Daniel Gmür beantragt, dass über Steuern und Gebühren erst nach der Behandlung des Leistungsbudgets diskutiert und abgestimmt wird. Er ist der Meinung, um sinnvoll die Steuern und Gebühren einer Gemeinde festlegen zu können, muss man zuerst einmal wissen, welches Leistungsbudget festgelegt wurde, so dass man die Finanzlage kennt.

Lotti Stokar stellt fest, dass der Antrag auf eine Umstellung der Reihenfolge innerhalb des festgelegten Traktandums 2 hinausläuft. Also auf ein Vertauschen der Punkte 2.2 und 2.3. Das findet sie schwierig. Es ist ja vorgesehen, dass zuerst unter Punkt 2.1 über alle Sparvorschläge des Gemeinderats abgestimmt wird, sodann über den Steuersatz. Dann erst weiss man, wie das Budget aussehen wird und kann darüber abstimmen. Sie möchte der Versammlung beliebt machen, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagene Reihenfolge beibehalten wird, auch weil sie bei der letzten Gemeindeversammlung den Eindruck hatte, dass durch die dort umgekehrte Reihenfolge eine gewisse Verwirrung entstand. Es wäre daher klug, heute andersherum vorzugehen.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei 180 Gegenstimmen wird beschlossen:

://: DER ANTRAG VON DANIEL GMÜR, DIE VOM GEMEINDERAT VORGESCHLAGENE TRAKTANDENLISTE DAHIN ZU ÄNDERN, DASS ZUERST ÜBER DAS LEISTUNGSBUDGET 2015 UND ERST DANACH ÜBER STEUERN UND GEBÜHREN 2015 DISKUTIERT UND ABGESTIMMT WERDEN SOLL, WIRD ABGELEHNT.

Weitere Einwände gegen die Traktandenliste und die Geschäftsabwicklung werden nicht erhoben. Die Gemeindeversammlung hat damit die Traktandenliste so genehmigt.

91

Traktandum 1: Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2014

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

**://: DAS PROTOKOLL DER GEMEINDEVERSAMMLUNG VOM
11. DEZEMBER 2014 WIRD GENEHMIGT.**

Traktandum 2: Überarbeitetes Leistungsbudget 2015

92

Lotti Stokar erläutert, wie vorgegangen werden soll. Sie verweist auf die Einladung zur Gemeindeversammlung. Im Prinzip sollen die dortigen Ausführungen der Reihe nach durchgegangen werden. In einem ersten Teil geht es um die Sparvorschläge. Gemeinderat Karl Schenk wird sie vorstellen und die Gemeindekommission wird Stellung nehmen. Danach gibt es eine Diskussion zu den einzelnen Vorschlägen. Im anschliessenden zweiten Teil wird Karl Schenk sein Votum zu den Steuern abgeben. Am Ende kommt dann die Schlussabstimmung.

Gemeinderat Karl Schenk rekapituliert den Hergang. Am 11. Dezember 2014 hatte der Gemeinderat der Gemeindeversammlung ein Budget vorgelegt, das von der Versammlung abgelehnt wurde. Der Gemeinderat hat den sich daraus ergebenden Auftrag so verstanden, dass der Budgetsaldo reduziert werden soll. Verwaltung und Gemeinderat haben in der Folge weitere Sparmöglichkeiten geprüft. Dabei konnten auch weitere inzwischen eingegangene Informationen verarbeitet werden. Das in der Dezember-Versammlung vorgelegte Budget war ja schon im August/September erarbeitet worden und beruhte auf dem damaligen Wissensstand. Jetzt liegt ein überarbeitetes Budget vor mit einem ungefähr halbierten Saldo. Dieses neue Budget musste in relativ kurzer Zeit erarbeitet werden. Es ist daher nicht in allen Details neu durchgerechnet, sondern man hat nur die bisherige Darstellung ergänzt. Dennoch kann das WoV-Budget verglichen werden.

Leistungsgruppen

Saldo, Gruppirt



	Budget 2015	Budget 2015	Budget 2014
Allg. Verwaltung	1'752'588	1'771'988	1'771'499
Öffentl. Ordnung und Sicherheit	260'438	260'438	185'986
Bildung	9'738'389	9'746'529	9'701'549
Kultur, Sport, Freizeit	1'554'426	1'574'926	1'766'625
Gesundheit	496'736	496'736	596'765
Soziale Sicherheit	7'562'863	7'601'863	5'978'888
Verkehr	2'635'714	2'691'714	2'737'145
Umweltschutz und Raumordnung	970'514	1'051'514	1'018'034
Finanzen und Steuern	-25'150'426	-24'830'426	-23'463'351
Leistungen ohne Umlage	589'220	589'220	510'792
Saldo	410'462	954'502	803'932
Sonderfinanzierungen HRM, Rundungen	431'558	431'558	345'968
Saldo HRM	842'020	1'386'060	1'149'900

Man sieht in der rechten Spalte das Budget 2014 als Vergleich. In der mittleren Spalte, grau gedruckt, stehen die Zahlen des Budgets 2015, wie es im Dezember 2014 präsentiert wurde. Links sind die korrigierten Zahlen für das Budget 2015 ersichtlich, geordnet nach Leistungs- und Funktionsgruppen. Die Saldi, also die Defizite nach WoV, betragen

- im Budget 2014 CHF 804'000,
- in dem im Dezember vorgelegten Budget CHF 955'000
- im jetzigen Budget CHF 410'462.

Letzteres ist die Zahl, über die am Schluss, wenn über das Leistungsbudget beschlossen wird, abgestimmt wird – entweder so, wie sie hier steht, oder so, wie es sich aus allfälligen abweichenden und von der Versammlung angenommenen Anträgen ergibt. Um diese gegebenenfalls abweichende Zahl zutreffend zu errechnen, ist Maurus Zink anwesend. Er wird den Saldo laufend aktualisieren aufgrund der heute folgenden Beschlüsse.

Leistungsgruppen

Differenz zu Budget 2014 nach "Ursache"
in 1000 CHF



	Saldo Budget 2015	Differenz "selbst- bestimmt"		Differenz "Fremd- bestimmt"	
Allg. Verwaltung	1'753	-19	-19		
Öffentl. Ordnung und Sicherheit	260				74
Bildung	9'738	-8	-8		45
Kultur, Sport, Freizeit	1'554	-21	-212		
Gesundheit	497				-100
Soziale Sicherheit	7'563	-9	-9	-30	1'593
Verkehr	2'636	-56	-102		
Umweltschutz und Raumordnung	971	-81	-48		
Finanzen und Steuern	-25'150	-400	-2'608	+80	921
Leistungen ohne Umlage	589		78		
Summe	410		-2'928		2'533
Veränderung WOV-Saldo			-393		

Diese Tabelle zeigt in der linken Spalte das neue Budget 2015, zur Vereinfachung der Darstellung auf Tausenderbeträge gerundet. In den beiden Spalten rechts sind in grün und rot die Differenzen zur Budget-Version vom Dezember 2014 dargestellt, aufgeteilt in Positionen, welche die Gemeinde selbst bestimmen kann: die mittlere Spalte – und Positionen, die von aussen vorgegeben sind: die rechte Spalte.

In den gelben Feldern sind die neuen Sparvorschläge aufgeführt, wobei im Moment nur diejenigen berücksichtigt sind, welche der Gemeinderat zur Annahme empfiehlt. Bei den fremdbestimmten Ausgaben hat es die schon erwähnten nachträglich eingetretenen Änderungen gegeben, auf die nachher noch eingegangen wird.

Man erkennt hier, wo tatsächlich Handlungsspielraum des Gemeinderats besteht. Als groben Richtwert geht man davon aus, dass in den Baselbieter Gemeinden etwa 85% der Ausgaben gebunden sind, also durch Bund, Kanton oder langfristige Verträge festgelegt sind – nur knapp 15% können durch die Gemeinde direkt beeinflusst werden. Aber auch hier ist der Spielraum nicht unbegrenzt, beispielsweise kann zwar die Gemeinde die Öffnungszeiten der Verwaltung selbst festlegen – geöffnete Schalter aber braucht es.

93

Im Folgenden geht es um die Sparmassnahmen, die der Gemeinderat heute zur Diskussion stellt. Sie lassen sich in die folgenden vier Gruppen einteilen:



Realisierte und zur Diskussion gestellte Sparmassnahmen

- **Realisierte Sparmassnahmen im Dez.- Budget**
- **Verbesserungen aufgrund aktueller Faktenlage**
- **Realisierte Sparmassnahmen im aktuellen Budget**
- **Weitere Massnahmen zur Diskussion**

Die erste Gruppe – bereits in der Budget-Version Dezember 2014 realisierte Massnahmen – sind nachstehend ersichtlich:

Realisierte Sparmassnahmen Budgetversion Dezember



Leistung / Thema

Beitrag Patengemeinde sistiert
Abschluss Mobile Jugendarbeit
Eintrittspreise Hallenbad
Baurechtszinsen maximieren
Billetpreise Ruftaxi erhöhen
Unterhalt Grünanlagen Aufwand-Reduktion
Erhöhung Steuerfuss auf 50%
Einzel-/Detailmassnahmen

Diese Massnahmen sind in der Einladung zur heutigen Versammlung nicht mehr separat aufgeführt.

Sodann gab es Veränderungen aufgrund neuer Erkenntnisse bzw. veränderter Faktenlage:

Neue Erkenntnisse



Leistung / Thema	Betrag
Subvention Tageskindergarten (Grundsatz bewilligt, Grössenordnung)	-30'000
Hochwasserschutz Birsig (Projektierung)	-35'000
Höherer Steuerertrag (Aufgrund prov. Analyse 2014)	-400'000
Finanzausgleich (aufgrund höherem Steuerertrag)	80'000

- Vom Bund wurde das Gesuch um eine Subvention des Tageskindergartens bewilligt. Man rechnet mit einem Beitrag von ca. CHF 30'000.
- Die geplante Vorbereitung der Projektierung des Hochwasserschutzes wird für 2015 gestrichen, da Biel-Benken seinen Beitrag nicht genehmigt hat. Spareffekt CHF 35'000.
- Aufgrund der aktuellen Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass der Steuerertrag um ca. CHF 400'000 höher ausfallen wird.
- Davon muss rund 1/5 wieder für den Finanzausgleich abgegeben werden; das ergibt einen Minusbetrag von CHF 80'000.

Die folgenden Sparvorschläge stellt der Gemeinderat neu zur Diskussion. In der Einladung zur Versammlung sind sie auf S. 3 mit entsprechenden Erklärungen zu finden. Es wird nachher über jede einzelne Position diskutiert werden.

Neue Spar-Vorschläge zur Diskussion



Leistung / Thema	Betrag
Verzicht auf Chronik (erst wirksam im Budget 2016)	-10'000
Bundesfeier im Wehrlinareal, Verzicht auf Feuerwerk und Festzelt	-8'000
Verzicht auf Aufgabenstunde Primar	-8'000
Kürzung des Jugendfrankens auf 1.-/Einw.	-9'000
Öffentliche Beleuchtung von 01.00-05.00 Uhr ausschalten	-40'000

Weitere Sparmassnahmen hat der Gemeinderat bereits in dem jetzt neu vorliegenden Budget realisiert, nämlich die folgenden (in der Einladung auf S. 4):

Weitere Spar-Massnahmen des Gemeinderats



Leistung / Thema	Betrag
Austritt aus Gemeindeverbund Flugverkehr (erst auf Budget 2016 wirksam)	-5'500
Verzicht auf Gratulationsgeschenke	-10'000
Einpacken der Wahlpropaganda durch Parteien	-1'400
Kürzen des Beitrags an Kultur-Pool-Leimental auf 25'000	-15'000
Verzicht auf vergünstigte Theaterkarten	-5'500
Verzicht auf Leistungen Dritter beim Strassenunterhalt	-16'000
Wasser der Dorfbrunnen im Winter abstellen	-16'000
Verzicht auf neuen Weiher Chuegraben	-20'000
Unterhalt Biotop Bielhübel reduzieren	-10'000

Wenn Fragen zu diesen Massnahmen bestehen, gibt der Gemeinderat gerne Auskunft, und es kann nachher auch darüber diskutiert werden.

Im Weiteren gibt es die nachstehend dargestellte Gruppe von Sparmassnahmen, die der Gemeinderat zur Diskussion stellt, seinerseits aber zur Ablehnung empfiehlt (S. 5 der Einladung).

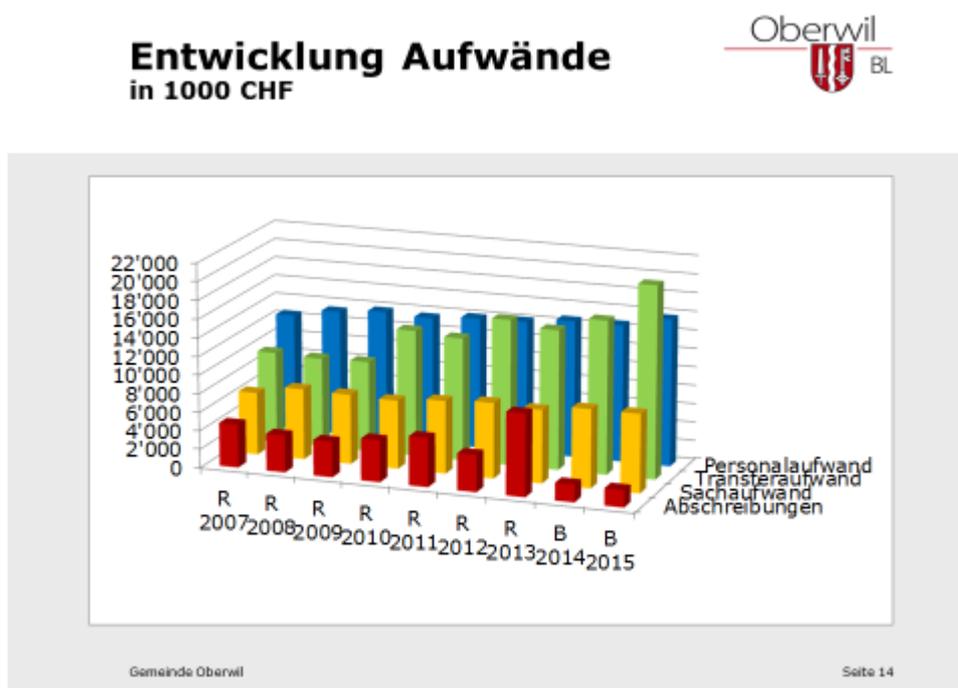
Weitere Spar-Vorschläge vom Gemeinderat zur Ablehnung empfohlen



Leistung / Thema	Betrag
Streichen des Marktes	-28'000
Streichen des Nähkurses (ab Sommer 2015)	-13'000
Streichen des Ruftaxis	-48'900
Verzicht auf Fördergelder für energetische Massnahmen	-19'000

Hier handelt es sich um Leistungen, die nicht zu den Kernaufgaben der Gemeinde gehören, die der Gemeinderat aber trotzdem beibehalten möchte – aus den Gründen, die auf S. 5 der Einladung dargestellt sind.

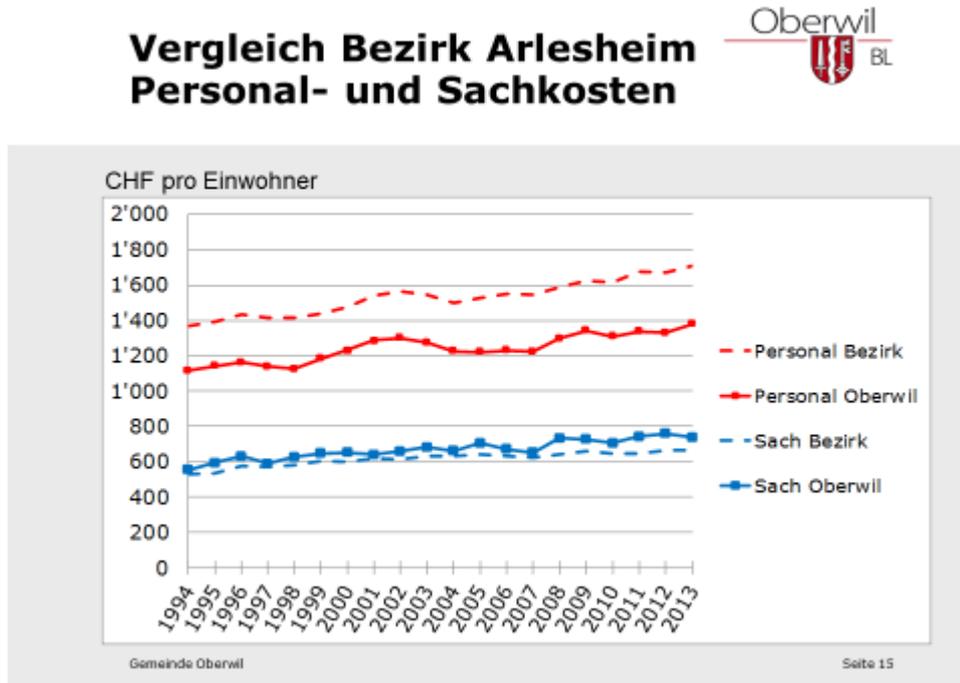
Bevor in die Diskussion eingetreten wird, möchte Karl Schenk aber nochmals einige Informationen zum Leistungsbudget allgemein geben. In der folgenden Grafik ist die Entwicklung der Aufwände über die Jahre seit 2007 bis zum Budget 2015 dargestellt:



Wie ersichtlich, nimmt der Personalaufwand (blaue Säulen) zu, dies vor allem darum, weil im Jahr 2015 HarmoS zum Tragen kommt, sprich eine 6. Primarschulklasse beginnt. Es braucht also mehr Primarschullehrkräfte, die von der Gemeinde bezahlt werden müssen. Die erhöhten Personalkosten werden zum grössten Teil vom Kanton kompensiert. Diese Kompensation ist aber nicht hier auf der Ausgabenseite ersichtlich, sondern auf der Einnahmenseite.

Der Sachaufwand (gelbe Säulen) ist konstant. Bei den Abschreibungen (rote Säulen) sieht man in der Rechnung 2013 einen Ausreisser; dies war das letzte Jahr nach altem Rechnungsmodell, wo man noch ausserordentliche Abschreibungen tätigen konnte. Ab 2014 sind die Abschreibungen sehr viel tiefer. Auf den Transferaufwand (grüne Säulen) wird Karl Schenk anschliessend noch zurückkommen. Zuerst aber nochmals ein Vergleich

der Personal- und Sachkosten pro Einwohner, wie schon im Dezember gezeigt:

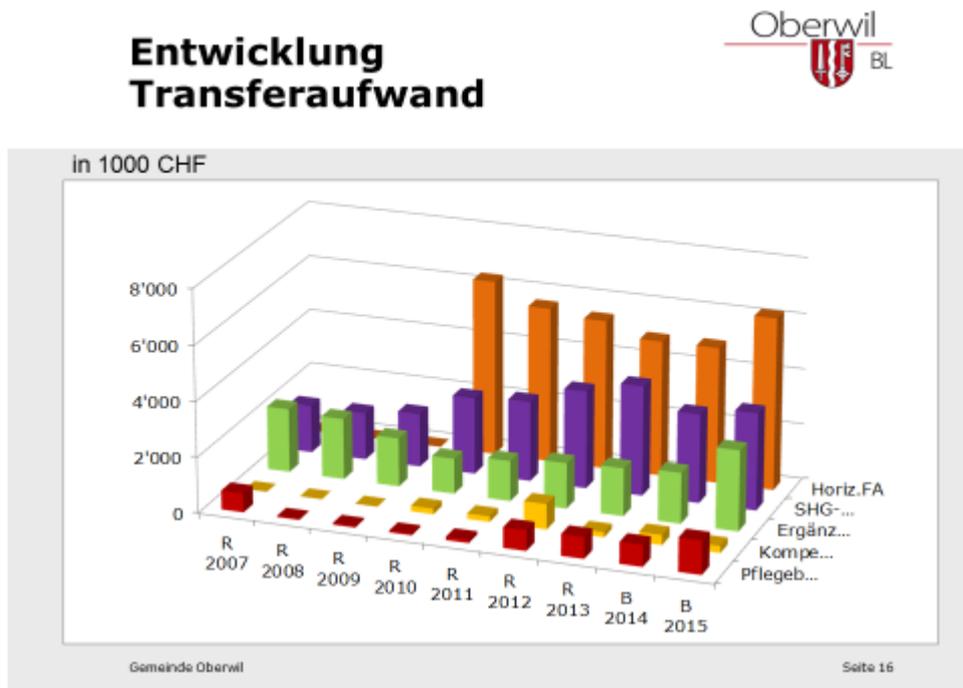


Wie ersichtlich, liegt Oberwil (ausgezogene rote Linie) bei den Personal kosten über all die Jahre seit 1994 massiv unter dem Schnitt der Gemeinden im Bezirk Arlesheim. Die Differenz beträgt 2013 pro Einwohner 329 Franken, was bei fast 11'000 Einwohnern einer Summe von 3.5 Mio. oder rund 6 Steuereffuss-Prozenten entspricht. Im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden muss Oberwil mit eindeutig weniger Personal auskommen. Sondereffekte wie Altersstruktur oder jetzt die Einführung von HarmoS können allenfalls geringe Unterschiede ausmachen – diese gleichen sich aber über die Jahre in allen Gemeinden immer wieder aus. Seit dem Jahr 2013 wurden in der Gemeinde Oberwil einzelne neue Stellen geschaffen. Dies war durch die Zunahme der Bevölkerung, durch die wachsende Mobilität wie auch durch die Zunahme bei der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie durch die Komplexität bei der Asylbetreuung bedingt. Dennoch bleibt der Personalaufwand im Vergleich unterdurchschnittlich.

Bei den Sachkosten liegt Oberwil leicht über dem Durchschnitt der anderen Gemeinden im Bezirk. Es liegt keine Analyse darüber vor, woran genau das liegt; die negative Abweichung ist aber jedenfalls weit geringer als die positive bei den Personalkosten.

Zum Transferaufwand: Dieser stellt mit ca. 20.5 Mio. Franken die mit Abstand grösste Position im Budget dar. Transferaufwand umfasst alles, was seitens der Gemeinde an andere Empfänger fliesst, also an Bund, Kanton, andere Gemeinden, Organisationen oder, im Falle der Sozialausgaben, an Private. Der Transferaufwand kann von der Gemeinde praktisch nicht beeinflusst werden. Die 20.5 Millionen sind massiv mehr als beispielsweise die Personalkosten (wobei letztere ja auch zur Hälfte auf die Löhne der Lehrkräfte entfallen, die kantonal vorgegeben sind).

95 Die Zusammensetzung des Transferaufwandes seit 2007 ist aus der folgenden Grafik ersichtlich:



Die orangefarbenen Balken hinten bezeichnen den horizontalen Finanzausgleich. Bei dieser Position wird Oberwil wieder auf den Maximalbetrag von ca. 6.3 Mio. Franken kommen. Es gibt eine gesetzliche Deckelung bei 17% des Steuersubstrates. Dort schlägt Oberwil, zusammen mit etwa sechs anderen Gemeinden, an.

Die Unterstützungen nach dem Sozialhilfegesetz (violett) haben sich einmal kurzzeitig verringert, steigen jetzt aber bereits wieder an. Sie sind praktisch nicht beeinflussbar. Wie sich diesbezüglich der Entscheidung der Schweizeri-

schen Nationalbank auswirkt, wird man sehen. Das jetzt vorgelegte Budget wurde vor diesem Entscheid erstellt.

Bei den Ergänzungsleistungen (grün) sieht man einen Sprung nach oben, bedingt durch eine Neuregelung seitens des Kantons. Hier gibt es auf der Ertragsseite für 2015 und 2016 eine Kompensation, für die Zeit danach aber nicht mehr.

Im Weiteren gibt es noch einige Kompensationszahlungen. Diesbezüglich gab es im Jahr 2012 einen Ausreisser nach oben; seither bewegt sich diese Position wieder auf sehr tiefem Niveau. Hier wird es eine Änderung zuungunsten der Gemeinde geben, die damit zusammenhängt, dass Expats nicht mehr als „Ausländer“ gezählt werden.

Schliesslich gibt es noch die Pflegebeiträge für APH-Bewohnerinnen und -Bewohner (braune Säule). Auch diese Zahl steigt 2015 wieder massiv an, weil die Pflegebeiträge neu geregelt wurden und damit bei den Gemeinden höhere Kosten anfallen. Für die Familien, die eine angehörige Person in einem Alters- und Pflegeheim haben, ist dies erfreulich. Sie werden entlastet; die Gemeinde wird belastet.

Maria Amrein teilt namens der Gemeindekommission (GK) mit, dass die Gemeindekommission allen Sparvorschlägen zustimmt, ausser den Positionen Jugendfranken und Ruftaxi. Die GK stimmt auch den Steuerfüssen, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, zu, ebenso dem Leistungsbudget. Maria Amrein kündigt für die anstehende Detaildiskussion ausführlichere Stellungnahmen an.

Dominik Caviezel teilt für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) mit, diese habe das neue Budget begutachtet. Dabei hat sie sich im Wesentlichen nur mit den Änderungen seit der Dezember-Versammlung befasst und im Übrigen keine vertiefte Prüfung vorgenommen. Diese bleibt dann der Prüfung der Rechnung 2015 vorbehalten. Im Übrigen gelten die Ausführungen der RPK zu dem im Dezember 2014 vorgelegten Budget.

96

Das Budget hat sich um rund CHF 544'000 verändert, wovon sich rund CHF 400'000 auf höhere Einnahmen beziehen. Die RPK ist generell nicht

dafür zuständig zu sagen, dass man die Einnahmen herauf- oder die Ausgaben herabsetzen sollte. Sie ist aber verantwortlich dafür zu beurteilen, ob die langfristige finanzpolitische Stabilität in der Gemeinde gewährleistet ist oder nicht. Die RPK hat schon seit relativ langer Zeit darauf hingewiesen, dass die Entwicklung eher in eine falsche Richtung geht. Die RPK begrüsst es, dass jetzt endlich eine Diskussion in der Gemeinde darüber stattfindet, wohin der Weg gehen soll, ob er über höhere Einnahmen oder tiefere Ausgaben führen soll. Dies bedingt allerdings auch, dass der Souverän letztlich den Mut und die Grösse hat, zu Sparvorschlägen ja zu sagen. Nur Steuererhöhungen abzulehnen, ohne auch Sparmassnahmen zu bejahen, ist natürlich nicht der richtige Weg. Die RPK ist gespannt, was diesbezüglich heute geschehen wird.

In der Gemeindeversammlung vom Dezember hat der Souverän mit einem klaren Stimmenmehr nein zu einer Steuererhöhung gesagt. Er hatte bereits in früheren Gemeindeversammlungen den Wunsch geäussert, dass gespart werden soll. Dass jetzt trotzdem wieder eine Steuererhöhung auf dem Tisch liegt, ist aus Sicht der RPK eine Missachtung des Willens des Souveräns, wie er bei Gemeindeversammlungen geäussert wurde. Die RPK empfiehlt daher, das jetzige Budget zu genehmigen inklusive der Sparvorschläge, die Steuererhöhung allerdings zurückzuweisen. Man hat jetzt Zeit, auf das nächste Budget hin wirklich nochmals über die Bücher zu gehen und weitere Sparmöglichkeiten zu suchen.

So viel zum Budget. Nun noch einige Worte zur Rolle der RPK in diesem Budgetprozess. Man las dazu letzte Woche im BiBo einen Kommentar, in welchem der RPK vorgeworfen wurde, das Sprachrohr einer bestimmten politischen Partei, namentlich der FDP, zu sein. Die RPK kann diese Vorwürfe nicht nachvollziehen. Die Aufgabe der RPK besteht sehr wohl, nebst der Prüfung der Buchhaltung, auch in der Prüfung der Zahlen an sich. Dieser Verantwortung kommt sie nach und äussert sich dementsprechend. Die RPK besteht aus verschiedensten Mitgliedern aus verschiedensten Parteien. Von den fünf Mitgliedern ist eines – Dominik Caviezel selbst – Mitglied der FDP. Die anderen gehören anderen Parteien an. Zwei Personen sind in keiner Partei und wollen auch ausdrücklich parteiunabhängig sein. Die Vorschläge der RPK wurden einstimmig beschlossen. Die Entscheidung der RPK findet meistens – jetzt, bei diesem zweiten Budget, war die Situation

zwar etwas anders – statt, lange bevor die politischen Parteien überhaupt die Zahlen erhalten und über sie diskutieren. Insofern kann keine Einflussnahme einer Partei auf die RPK stattfinden. Zur Chronologie: Die RPK hatte schon lange gesagt, dass die Zahlen in die falsche Richtung laufen. Das wurde nicht von einer Partei souffliert. Im Dezember 2013 hat die RPK das Budget 2014 zur Ablehnung empfohlen. Im Dezember 2014, also letztes Jahr, als die FDP das Budget zur Rückweisung empfahl, hat die RPK das Budget zur Annahme empfohlen, auch wenn sie den eingeschlagenen Weg bedauerte. Die RPK ist dort eigenständig geblieben. Jetzt, im März, empfiehlt die RPK das Budget zur Annahme, aber sie empfiehlt, die Steuererhöhung zurückzuweisen, weil sie der Meinung ist, man habe noch Zeit, und man könne daran noch arbeiten. Das ist eine eigenständige Meinung der RPK. Es ist der Kommission nach allem nicht ersichtlich, woher der Vorwurf kommt, sie werde von einer Partei instrumentalisiert. Persönlich ist Dominik Caviezel der Meinung, dass es unfair den anderen vier Mitgliedern der RPK gegenüber ist, sie so hinstellen, als würden sie einer Partei hinterherreden. So etwas lässt die Wertschätzung vermissen, die diese Personen verdient hätten für die Zeit und Energie, die sie für die Gemeinde investieren.
[anhaltender Beifall]

Lotti Stokar eröffnet die Diskussion über die Sparvorschläge. Bevor mit den auf S. 3 der Einladung vorgestellten Vorschlägen begonnen wird, gibt sie Gelegenheit, allgemeine Bemerkungen zum Budget zu machen.

Christoph Kunz gibt die Stellungnahme der CVP Oberwil ab. Die CVP hat sich bisher nicht im BiBo geäußert, weil die Parteiversammlung erst nach Redaktionsschluss stattfand. Die Entwicklung der Gemeindefinanzen macht auch der CVP einige Sorgen. Die Partei hat jeweils Voten abgegeben und speziell im Dezember 2014 verlangt, dass die Finanzsituation einmal grundlegend analysiert wird. Jetzt, nachdem das Leistungsbudget 2015 im Dezember abgelehnt wurde, ist es wichtig, dass man zu einem verabschiedeten Budget kommt. Ein Budgetprozess ist eine enorm aufwendige Sache, die bei der Langfristperspektive, sprich Finanzplan, anfängt und sich bis zum Budget hinzieht. Es war, wie von Gemeinderat Schenk bereits angemerkt, in der Zeit seit Dezember nicht möglich, den ganzen Prozess im Detail wieder zu durchlaufen. Die CVP strebt eine langfristige Lösung für die Finanzlage an. Es braucht eine qualifizierte und seri-

öse Diskussion einerseits über das Niveau der Dienstleistungen, die man haben will, und andererseits darüber, wie viel man dafür zu bezahlen bereit ist. Ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang sind auch die Investitionen. Aus diesem Grund hat die CVP anfangs Januar in einem Schreiben an den Gemeinderat, das den anderen Parteien zur Kenntnisnahme zugeht, angeregt, den Budgetprozess für das Jahr 2016 frühzeitig zu starten, und zwar gemeinsam in einem neuen Kreis, in einem Echoraum, noch bevor die etablierten Prozesse zum Tragen kommen. Dort sollen die langfristigen Perspektiven diskutiert werden.

Was die Unterlagen zur heutigen Gemeindeversammlung angeht, so ist es zwar erfreulich, dass das Ergebnis verbessert werden konnte; aber es ist natürlich weit davon entfernt, dass man sagen könnte, man hat die Gemeindefinanzen langfristig im Griff. Für die CVP ist es jetzt wichtig – fast wichtiger noch als die heute anstehenden Entscheidungen – dass man den Budgetprozess an die Hand nimmt, und die CVP lädt alle Parteien und die ganze Bevölkerung ein, dies zu unterstützen. Dank gilt dem Gemeinderat, dass er den Impuls positiv entgegengenommen hat. Christoph Kunz hofft, dass es gelingen wird, im Hinblick auf 2016, insbesondere im mittel- und langfristigen Bereich, bessere Perspektiven aufzuweisen.

Felix Lopez verweist zunächst auf die bekannte und im BiBo publizierte Meinung der FDP, die er an dieser Stelle nicht nochmals wiederholen will. Als Bewohner des ehemaligen «Speckgürtels» möchte er aber doch in aller Kürze den englischen Philosophen und Staatsmann Francis Bacon, als Wissenschaftler Wegbereiter des Empirismus, zitieren: «Nicht die Glücklichen sind dankbar, es sind die Dankbaren, die glücklich sind.» Der Name des Votanten ist ja Felix – nomen est omen, und zwar aus Entscheidung. Er möchte sich an dieser Stelle persönlich bei den Mitgliedern des Gemeinderats und der Behörden und Kommission sowie bei den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung, und letztlich bei der Bevölkerung, bedanken für den kontradiktorischen, aber wertvollen Beitrag zum Funktionieren der demokratischen Prozesse – es ist nichts anderes! Der Votant hat sich als FDP-Präsident nach der letzten Budgetversammlung vom Dezember viele Voten anhören dürfen und kann letztlich festhalten, dass die Wahrheit zwei Seiten hat, wie eine Medaille oder eine Münze. Und tatsächlich, wenn es um Münzen geht, dann werden Begehrlichkeiten wach, kommen Verlust-

ängste auf, und es werden Situationen geschaffen, die den Nährboden bilden für unsachliche und teilweise auch beleidigende Aussagen. Ungeachtet der Interessen – ob man nun an einem Nähkurs oder am Ruftaxi oder an der Chronik festhalten will oder nicht – sollte man sich besinnen und von der Prämisse ausgehen, dass namentlich der Gemeinderat, Behörden- und Kommissionsmitglieder sowie alle, die sich in und für die Gemeinde engagieren, einen Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit leisten wollen – zum Wohl also auch von all jenen, die sich überhaupt nicht dafür interessieren, wie und wo und für was das Geld ausgegeben wird, solange nur sie persönlich keine Abstriche machen müssen. Diese Haltung hat in einer Demokratie selbstverständlich auch Platz. Ungeachtet der Interessen, die jemand vertritt, ruft der Votant dazu auf, dass man dies in einer sachlichen Tonalität tut – c'est le ton qui fait la musique. Man kann verschiedener Meinung sein, sich glücklich schätzen, dass man diese Meinung äussern darf, und dankbar, dass andere sich exponieren, um nach bestem Wissen und Gewissen die Gemeindeangelegenheiten zu regeln, und dankbar letztlich für die Möglichkeit, sich auch zur Wahl zur Verfügung zu stellen, wenn man meint, man könne es besser machen. In diesem Sinne spricht der Votant dem Gemeinderat herzlichen Dank aus und selbstverständlich allen Anwesenden sowie sich selbst dafür, dass er sich die Zeit genommen hat, diese Worte niederzuschreiben. *[Heiterer und anhaltender Beifall]*

Paul Amrein spricht nicht im Namen einer Partei, sondern im eigenen Namen und nach seinem Gespür. Letztes Mal ist er ganz vorne gesessen und hat gemerkt: Es geht nicht vorwärts. Die Menschen, die dort vorne sassen, haben ihm leid getan, und er hat die Augen und Ohren aufgemacht, um ihnen zu helfen. Komischerweise, er konnte es kaum richtig glauben, kam dann im Fernsehen der Beginn einer Gemeindeversammlung, vermutlich in der Innerschweiz. Am Anfang standen alle auf und beteten ein Vaterunser. Das gibt doch eine andere Stimmung. Man spürt einfach, dass man sein Geld hat; das ist einfach so. Und wenn er gerade bei der Religion ist, möchte er noch etwas sagen vom besten Menschen, den wir überhaupt kennen, das war Jesus. Zu der Zeit, als er lebte, trat auch Johannes auf, der die Menschen im Jordan taufte. Jesus wollte auch von Johannes, seinem Cousin, getauft werden. Aber Johannes spürte, dass Jesus ja viel höher stand als er und darum eigentlich umgekehrt ihn taufen sollte. Zuletzt sagte Jesus zu Johannes: «Lass es zu!» Das sind drei so wichtige Worte,

Gemeindeversammlung vom 4. März 2015

die heute noch passen. In diesem Sinne möchte der Votant allen Anwesenden sagen: Lasst es zu, eben im Namen derjenigen, die die Hand halten zur Unterstützung der Gemeinde. *[Beifall]*

Brigitte Christen bittet darum, dass sachliche, kurze und prägnante Voten abgegeben werden. *[Beifall]*

Kurt Hafen stellt fest, dass die Parteien sagten, dass sie dem Gemeinderat vertrauen; aber sie haben doch auch das Ganze angezettelt. Der Votant war leider letztes Mal nicht dabei, wie er auch quasi nie dabei ist, weil er immer das Gefühl gehabt hatte, die machen das schon gut. Bevor jetzt all die Sparvorschläge behandelt werden, die nach Meinung des Votanten zum grössten Teil peinlich sind, möchte er fragen, ob man nicht viel eher beim Leistungsbudget sparen könnte. Darauf können die Parteien vielleicht auch einmal hinweisen.



**Gemeindeversammlung
vom 24. September 2014**

Diskussion Sparvorschläge

Lotti Stokar kommt nun zu den Sparvorschlägen. Sie weist nochmals darauf hin, dass der Gemeinderat und die Gemeindekommission nicht zu jedem Punkt von sich aus etwas sagen werden, um Wiederholungen dessen, was in der Einladung ausgeführt ist, zu vermeiden. Sie werden aber gern auf Meinungsäusserungen aus der Versammlung eingehen.

97

98

Sparvorschlag 2.1.1.

Verzicht auf Chronik



**Wollen Sie im Rahmen der Leistung 10102
„Öffentlichkeitsarbeit“ auf die Produktion der
Chronik verzichten?**

Gemeindeversammlung vom 4. März 2015

Pascal Ryf, designierter Landrat, stellt fest, dass diese Gemeindeversammlung wohl in die Geschichte eingehen wird; so etwas hat es in Oberwil wirklich noch nie gegeben. Es gibt aber noch ganz viel andere Ereignisse in Oberwil, die in die Geschichte eingehen, aber sie geraten in Vergessenheit – ausser sie werden aufgeschrieben; und dafür gibt es die Chronik. Als Chronist von Alt-Oberwil ist der Votant sehr dankbar, dass es immer wieder Leute gegeben hat, die die Ereignisse im Dorf festgehalten haben. Es ist nämlich nicht so, wie die Gemeindekommission sagte, dass man all das «schon irgendwann wieder einmal aufarbeiten kann». Das kann man zwar, aber es kostet viel Geld und ist vor allem sehr zeitintensiv. Die Gemeinde ist vielleicht froh, dass es Leute gibt, die das freiwillig übernehmen. Felix Lopez hat vorhin ein Zitat verwendet; auch der Votant hat ein solches vorbereitet, und zwar eines von Johann Wolfgang von Goethe, der einmal sagte: «Eine Chronik schreibt nur derjenige, dem die Gegenwart wichtig ist.» Natürlich ist dem Votanten die Gegenwart wichtig, die Chronik auch. Er möchte aber mit einem guten Beispiel vorausgehen. Er ist bereit, auf die CHF 10'000 für die Chronik zu verzichten. Er hat in den letzten paar Wochen zusammen mit einigen Kolleginnen und Kollegen aus der Gemeinde einen Verein «Alt Oberwil» gegründet, dessen Ziel es ist, die Chronik out-sourcing und mit Spenden und Mitgliederbeiträgen weiterzuführen. *[Anhaltender Beifall]* Der Votant schliesst mit einem weiteren Zitat von Willy Brandt, der sagte: «Die Geschichte kennt kein letztes Wort».

Beat Schmid fragt an, ob sich die Chronik, die ja bisher in Form eines Buches erscheint, nicht zerteilen liesse, indem man nur ein digitales Dokument herstellt und so die Druckkosten spart.

Adrian Mangold teilt mit, er werde heute Abend mehrheitlich die Position der SP vertreten. Deren Versammlung war erst am vergangenen Montag, sodass die Stellungnahme nicht mehr im BiBo erscheinen konnte. Die SP Oberwil befürwortet die Streichung der Chronik, hat diesen Entscheid aber nicht leichten Herzens getroffen. Die Sparmassnahme ist an sich sehr bedauerlich, und der Votant freut sich daher sehr über das Vorhaben von Pascal Ryf. Zur Diskussion stand auch, dass die Chronik einen gewissen Betrag kosten soll, sodass sie sich refinanziert, oder dass man sie nur alle vier Jahre erscheinen lässt.

Beatrice Grenacher nimmt Bezug auf die Aktivitäten von Pascal Ryf und die Website www.altoberwil.ch, wo man eine Chronik der Häuser von Alt-Oberwil findet. Wenn man dort hineinschaut, erkennt man, wie wichtig eine Chronik ist. Jeder Verein macht ein Protokoll von dem, was bei ihm passiert. In dem Sinn ist eine Chronik einfach ein Protokoll des Dorflebens. Die Votantin hofft, dass viele von denen, die gerade den Aktivitäten von Pascal Ryf applaudiert haben, dann auch dem Verein beitreten und ihren Obolus entrichten. Aber eigentlich wäre es eine Grundaufgabe der Gemeinde, eine Chronik über das Dorfleben zu führen.

Gemeinderat Karl Schenk erläutert, dass die Chronik bisher in der Tat ein Buch ist, das alle zwei Jahre produziert wurde. Sie existiert seit ungefähr zehn Jahren und wurde viele Jahre von Beatrice Grenacher, die soeben gesprochen hat, betreut, zusammen mit einer kleinen Gruppe von Menschen, die sehr viel Fronzeit investieren. Die Kosten entstehen für die technische Produktion des Buches. Das Buch wirkt nach Meinung von Karl Schenk vor allem als Druckwerk, das man ins Büchergestell stellen und von Zeit zu Zeit auch wieder einmal hervorholen und anschauen kann. Die vorhin angesprochene elektronische Version gibt es auch schon längstens unter www.altoberwil.ch. Auch auf der Gemeinde-Website findet man viel. Karl Schenk ist sehr froh, dass Pascal Ryf diese Initiative ergriffen hat und dafür sorgt, dass es diese Chronik weiterhin geben wird. Es ist so, dass ein Dorf eigentlich eine solche Chronik bräuchte; aber es gibt keine gesetzliche Verpflichtung, dass die Gemeinde dies übernimmt. Eine private Trägerschaft ist daher ein sehr schöner Weg.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen wird beschlossen:

://: AUF DIE PRODUKTION DER CHRONIK IM RAHMEN DER LEISTUNG 10102 «ÖFFENTLICHKEITSARBEIT» WIRD VERZICHTET.

Sparvorschlag 2.1.2.

Verzicht auf Feuerwerk



**Wollen Sie im Rahmen der Leistung 10103
„Anlässe der Gemeinde“ auf das Feuerwerk an
der Bundesfeier verzichten?**

Gemeinde Oberwil

Seite 19

99

auf das Feuerwerk, vom jetzigen Schauplatz Eisweiher auf das Areal Wehrlin verlegt werden soll, wo zudem bei schlechtem Wetter die Möglichkeit besteht, in die Halle auszuweichen, sodass man auf das teure Festzelt verzichten könnte.

Es gibt keine Wortbegehren.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei wenigen einzelnen Gegenstimmen wird beschlossen:

**://: AUF DAS FEUERWERK AN DER BUNDESFEIER IM RAHMEN
DER LEISTUNG 10103 «ANLÄSSE DER GEMEINDE» WIRD
VERZICHTET.**

Sparvorschlag 2.1.3.



Verzicht auf Aufgabenstunde

Wollen Sie die Leistung 12104 „Aufgabenstunde Primarschule“ streichen?

Gemeinde Oberwil

Seite 20

100

Daniel Gmür fragt den Gemeinderat und gleichzeitig alle Befürworter dieser Streichung, anhand welcher Grundlagen sie der Meinung sind, feststellen zu können, dass diese Aufgabenstunde nicht mehr den erhofften Mehrwert bringt. Er stellt diese Frage in der Hoffnung, dass als Grund nicht einfach der geringere Besuch angeführt wird. Das wäre skandalös. Es handelt sich um eine Dienstleistung für Schüler, die zu Hause nicht den Rahmen haben, um ihre Hausaufgaben zu machen. Für sie ist das sehr wichtig. Man kann eine solche soziale Leistung für Schüler – also für unsere Zukunft – nicht einfach abschaffen, nur weil sie von weniger Leuten in Anspruch genommen wird. *[Beifall]*

Ursula Wyss, Schulratspräsidentin, teilt mit, der Schulrat sei an der Auswahl der Sparvorschläge beteiligt gewesen. Prinzipiell sollte man an der Bildung nicht sparen. Die Aufgabenhilfe ist allerdings ein Spezialfall. Sie besteht seit einigen Jahren und wurde sehr gern und gut besucht. Sie ermöglichte es den teilnehmenden Kindern, ihre Hausaufgaben unter Anleitung in einem geschützten Rahmen zu erledigen. Sie richtete sich an Kinder, die keine Möglichkeit hatten, die Aufgaben zu machen, oder die nicht angeleitet oder dazu angehalten wurden, oder bei denen die Hausaufgabenenerledigung in der Familie zu Streit führte. Richtig ist, dass die Anmeldungen seit zwei Jahren stark zurückgegangen sind. Die Schulleitung hat den Schulrat hierauf aufmerksam gemacht. Daneben gab es disziplinari-

sche Probleme. Viele Kinder konnten ihre Aufgaben bereits beim Mittagstisch, der immer mehr in Anspruch genommen wird, erledigen, kamen dann trotzdem in die Aufgabenhilfestunde und störten dort diejenigen, die wirklich Hausaufgaben machen wollten. Ein grosses Problem ergab sich daraus, dass mit der neuen Stundentafel die Lektionendauer abnahm. Es gibt jetzt am Nachmittag drei Lektionen. Wenn ein Kind am Tag sieben Schulstunden hatte, dann macht eine Aufgabenstunde am Ende des Nachmittags keinen Sinn mehr. Es gab Aufgabenhilfestunden an den Unterrichtsnachmittagen und an den freien Nachmittagen. Es ist also nicht so, dass man einfach nur gesagt hat: Es gab weniger Anmeldungen, deshalb streichen wir es ganz. Die Schulleitung hatte, wie gesagt, den Schulrat im Sommer auf die Problematik aufmerksam gemacht. Die Schulleitung würde das Angebot gerne konzeptionell überarbeiten. Aber leider hat sie keine Ressourcen, auch aufgrund der vielen Umbrüche im Bildungswesen und der daraus resultierenden Zusatzbelastung für die Schulleitungen. Ein wenig aus dem Nähkästchen geplaudert: Wenn alle Abteilungen Federn lassen und sparen müssen, dann ist der Verzicht auf dieses Angebot derjenige, der der Qualität der Schule am wenigsten wehtut. Falls die Versammlung entscheidet, die Aufgabenstunde trotzdem weiterlaufen zu lassen, dann würde das wohl, je nach Anmeldungen, in reduzierter Form geschehen, sofern man Leute findet, die es tun können. Aber die Schule könnte auch mit der Streichung leben. Letzte Anmerkung: Es gibt Kinder, die wirklich keine Möglichkeit haben, zu Hause Aufgaben zu machen. Aber ihnen kann man mit der Aufgabenhilfe allein nicht helfen; sie brauchen viel mehr und intensivere Betreuung. Wie die Votantin erst heute vom Schulleiter hörte, sind dies dann Fälle, wo die Erziehungsberatung kommt und den Eltern sagt, sie müssten ihrem Kind wenigstens ein Pult geben, an das es sitzen kann. *[Beifall]*

Gemeinderätin Regula Messerli schliesst sich den Aussagen der Schulratspräsidentin an. Sie hat von der Schulleitung gleichlautende Informationen. Für diesen Sparvorschlag spricht, dass er von den Lehrpersonen und der Schulleitung unterstützt wird, weil diese Leistung einfach nicht mehr den gewünschten Nutzen bringt.

Adrian Mangold lehnt namens der SP Oberwil diesen Sparvorschlag ab. Wie ja ausgeführt wurde, würden gerade die schwächeren Schüler unter

dieser Streichung leiden. Das ist ein Bildungsabbau, den die SP so nicht hinnehmen kann.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei einigen Gegenstimmen wird beschlossen:

**://: DIE LEISTUNG 12104 «AUFGABENSTUNDE PRIMARSCHULE»
WIRD GESTRICHEN.**

Sparvorschlag 2.1.4.

Jugendfranken reduzieren



**Wollen Sie im Rahmen der Leistung 15102
„Angebote für die Jugend“ den Jugendfranken
von zwei auf einen Franken pro Einwohner
reduzieren?**

Gemeinde Oberwil

Seite 21

101

Lotti Stokar führt aus, den Jugendfranken gäbe es seit vielen Jahren. Er betrug ursprünglich einen Franken und wurde dann, aufgrund eines Antrags aus der Gemeindeversammlung, auf zwei Franken angehoben.

Claude Scheidegger möchte namens der Gemeindekommission etwas ausführlicher Stellung nehmen, dies aus zwei Gründen. Zum einen war die Meinung in der Gemeindekommission geteilt, zum anderen ist dieser Sparvorschlag ein Beispiel dafür, wie gefährlich es sein kann, wenn man einen Schnellschuss abgibt und die Folgen nicht bedenkt. Er möchte sich dennoch kurz fassen. Die Gemeindekommission lehnt den Kürzungsantrag mit einem Stimmenverhältnis von 8:5 ab. Die Argumente für die Kürzung waren zum einen, dass der Jugendfranken gar nicht voll ausgeschöpft werde. Zum anderen wurde argumentiert, wenn ein Spardruck da sei, müssten alle Bereiche Abstriche machen im Sinne einer Opfersymmetrie. Es gibt demgegenüber drei Gründe, aus denen man gegen die Streichung stimmen soll. Wie zu hören war, sei der Jugendfranken in den letzten Jahren jeweils nur etwa zur Hälfte ausgeschöpft worden. Wenn man ihn also auf die Hälfte kürzen würde, wäre das eine reine Papierübung. Es würden in Wirklichkeit keine Kosten gespart; es wäre reine Augenwischerei. Wenn man aber, zweitens, einen solchen Papierentscheid treffen würde, würde man folgenschwere Signale setzen. Man würde diejenigen in der Jugendkommission abstrafen, die sich genau dafür einsetzen, dass nicht das ganze Geld aus-

gegeben wird. Dort wird regelmässig geprüft, was für Projekte unterstützt werden. Ungefähr die Hälfte der Anträge wird abgewiesen. Wenn man diese Arbeit der betreffenden Verantwortlichen hintergeht, dann setzt man das Signal, dass es sich nicht lohnt, eigenverantwortlich, zielorientiert und sparsam zu planen. Die Gemeinde Oberwil darf sich glücklich schätzen, dass es in der Jugendkommission junge Menschen gibt, die sich derart vorbildlich einsetzen und lernen, sich im Umgang mit finanziellen Mitteln selbst einzuschränken. Auch wenn der Durchschnitt der Finanzen in der Jugendkommission nicht ausgegeben wird, muss es ab und zu möglich sein, auch einmal einen grösseren Betrag zu sprechen. Das hat zum Beispiel stattgefunden bei der Unterstützung der Skater-Anlage. Man muss hoffen, dass junge Menschen ab und zu wieder grössere Projekte nach Oberwil bringen, sei es im kulturellen oder im sportlichen Bereich. Dann sollten aber auch die Mittel vorhanden sein, um ein solch grösseres Projekt zu unterstützen. Schliesslich ist eine Investition in die Jugend eine Investition in die Zukunft für alle. Die Unterstützung von sinnvollen Jugendprojekten ist offensichtlich auch ein wesentlicher Beitrag, um junge Menschen zu schützen vor den Gefahren der Gesellschaft. Unterstützung von Jugendprojekten ist insbesondere eine sehr wirksame Gewaltprävention. Abschliessend eine interessante Beobachtung aus der Stadt Basel: Auch in Basel wurde das Budget zurückgewiesen. Daraufhin wurden alle Bereiche geprüft. Auch Projekte, die in der Bevölkerung einen grossen Rückhalt haben, mussten daran glauben, wie etwa der Zolli. Ein Streichungsantrag jedoch ist, entgegen dem Antrag des Regierungsrats, nicht durchgekommen: Die Jugendkulturpauschale von CHF 200'000 wurde beibehalten. Das entspricht den Argumenten des Votanten dafür, dass man in Oberwil bei dem bleibt, was die Gemeindeversammlung vor Jahren beschlossen hat: Der Jugendfranken soll bei 2 Franken bleiben. Wer das ebenfalls will, muss jetzt mit «nein» stimmen. *[Beifall]*

Adrian Mangold teilt mit, die SP Oberwil lehne auch die Streichung des Jugendfrankens ab. Dies insbesondere, weil es, wie schon ausgeführt wurde, ein falsches Signal setzen würde, und weil die Kompetenzen der Jugendkommission massiv eingeschränkt würden. Der Votant war selbst fünf Jahre lang, bis Dezember letzten Jahres, in der Jugendkommission, und er kann daher beurteilen, dass dies eine tolle Kommission ist, in der sehr viel Engagement vorhanden ist. *[Beifall]*

Vincent Schneider meldet sich als Jugendlicher aus Oberwil zu Wort. Die Jugendlichen würden gern Gebrauch machen vom Jugendfranken. Ein Projekt ist zum Beispiel ein Skaterplatz, für den sich der Votant engagiert. Es wäre schade, wenn der vorhandene Elan, die Faszination und das Engagement an dem relativ kleinen Geldbetrag scheitern würde. Der Votant bittet die Versammlung, an diesem Punkt nicht zu sparen. *[Beifall]*

Beat Schmid hat zwei Fragen. Erstens: Was passiert mit den Geldern, die nicht genutzt werden? Zweitens: Kann man nicht einen Kompromiss finden, indem man nur auf CHF 1.50 reduziert? *[Heiterkeit]*

Lotti Stokar teilt zur ersten Frage mit, dass das nicht abgerufene Geld einfach nicht ausgegeben wird – es ist also eingespart. Zur zweiten Frage: Wenn Beat Schmid diesen Kompromiss möchte, muss er einen entsprechenden Antrag stellen. Sie fragt ihn an, ob er dies tun will.

Beat Schmid stellt den Antrag, den Jugendfranken – Leistung 15102 – auf CHF 1.50 zu kürzen.

Daniel Gmür meldet sich als Co-Präsident der Jugendkommission und teilt mit, dass es diverse Projekte für das Jahr 2015 gibt, darunter «easy vote», eine Abstimmungs- und Wahlhilfe für Jugendliche. Mit der vorgeschlagenen Kürzung würde man nicht nur kulturelle und sportliche Aktivitäten einschränken, sondern auch die politische Partizipation von Jugendlichen behindern. Das kann niemandes Interesse sein. Das würde auch für die Kürzung auf CHF 1.50 gelten. *[Beifall]*

Lotti Stokar erläutert das Vorgehen für die anstehende Abstimmung. Zuerst sollen die beiden Varianten «Einsparung von CHF 0.50» und «Einsparung von CHF 1.00» gegenübergestellt werden. Wenn das entschieden ist, wird in einem zweiten Schritt darüber abgestimmt, ob am Jugendfranken überhaupt gespart werden soll oder nicht.

ABSTIMMUNG

://: MIT GROSSEM MEHR WIRD IM RAHMEN 15102 „ANGEBOTE FÜR DIE JUGEND“, DER ANTRAG VON BEAT SCHMID, DIE REDUKTION DES JUGENDFRANKENS ANSTELLE VON AUF 1 FRANKEN AUF 1.50 FRANKEN PRO EINWOHNER ZU KÜRZEN, ABGELEHNT.

Mit erheblichem Mehr von Nein-Stimmen, bei 166 Ja-Stimmen, wird beschlossen:

://: DIE REDUKTION DES JUGENDFRANKENS AUF EINEN FRANKEN PRO EINWOHNER IM RAHMEN DER LEISTUNG 15102 «ANGEBOTE FÜR DIE JUGEND» WIRD ABGELEHNT.

102

Sparvorschlag 2.1.5.



Öffentliche Beleuchtung

Wollen Sie im Rahmen der Leistung 16101 „Strassen und Wege“ die öffentliche Beleuchtung nachts zwischen 01.00 und 05.00 Uhr abschalten?

Es gibt keine Wortbegehren.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei einigen Gegenstimmen wird beschlossen:

://: DEM ABSCHALTEN DER ÖFFENTLICHEN BELEUCHTUNG NACHTS ZWISCHEN 1.00 UND 5.00 UHR IM RAHMEN DER LEISTUNG 16101 «STRASSEN UND WEGE» WIRD ZUGESTIMMT.

Lotti Stokar kommt nun auf die Sparbeschlüsse des Gemeinderats zu sprechen, die auf S. 4. der Einladung verzeichnet sind.

**Sparbeschlüsse
des Gemeinderates**



- Austritt aus dem Gemeindeverbund Flugverkehr
- Verzicht auf Gratulationsgeschenke
- Einpacken der Wahlpropaganda durch Parteien
- Kürzung des Beitrags an den Kultur-Pool Leimental
- Kein Verkauf von vergünstigten Theatertickets
- Verzicht auf externe Leistungen bei Unterhalt Wege
- Wasser der Dorfbrunnen im Winter abstellen
- Verzicht auf zusätzlichen Weiher Chuegraben
- Unterhalt Biotop Bielhübel reduzieren

Die Präsidentin erläutert, dass es sich hier um Sparmassnahmen handelt, die der Gemeinderat bereits in eigener Kompetenz beschlossen und im neuen Budget umgesetzt hat. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass hierüber eigentlich nicht extra diskutiert werden muss. Um der Transparenz willen geht sie die Liste jetzt dennoch durch und bittet um Wortmeldungen für den Fall, dass jemand mit einzelnen Streichungen nicht einverstanden sein sollte. Dann soll gegebenenfalls auch eine Abstimmung stattfinden. Wo keine Wortmeldungen erfolgen, wird Lotti Stokar keine Ausführungen machen.

- Austritt der Gemeinde Oberwil aus dem Gemeindeverbund Flugverkehr. 103

Keine Wortbegehren.

- Verzicht auf Gratulationsgeschenke. 104

Keine Wortbegehren.

- Einpacken der Wahlpropaganda durch die Parteien. 105

Keine Wortbegehren.

- Kürzen des Beitrags an den Kultur-Pool Leimental um 37.5% 106

Gregor Düblin stellt namens der Kulturkommission, deren Präsident er ist, den Antrag: Die Kürzung des Beitrags an den Kulturpool Leimental um 37.5% soll nicht durchgeführt werden; ebenso soll nicht auf den Verkauf vergünstigter Theatertickets (nächster Punkt) verzichtet werden. Beide Ausgaben betreffen den gleichen Budgetposten, aus dem die städtischen und regionalen Institutionen unterstützt werden. Dies waren in den letzten Jahren regelmässig gegen CHF 60'000 pro Jahr. Im vergangenen Jahr hat der Gemeinderat die Leistung um CHF 3'000 gekürzt im Zuge allgemeiner Sparmassnahmen. Jetzt soll bei diesem Kulturpool weiter gespart werden. Es handelt sich dabei um eine Einrichtung, der viele Gemeinden im Leimental angeschlossen sind. Sie geben einen Teil ihres Kulturbudgets in einen gemeinsamen Topf; und einmal im Jahr wird dann beschlossen, welche regionalen und städtischen Institutionen daraus Geld beziehen sollen. Das hat den Vorteil, dass nicht jede Gemeinde einzeln jährlich einen Schlüssel ausarbeiten muss, auf der anderen Seite können die betreffenden Institutionen auf eine gewisse Konstanz zählen, weil die Zuwendungen jeweils über mehrere Jahre fortgeführt werden. Bei der Verteilung wird sehr genau darauf geschaut, dass das ganze Spektrum der Kultur berücksichtigt wird. Bei Konzerten geht es von Klassik über Pop, Rock und Jazz bis Hip

Hop. Bei Theatern schaut man darauf, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen angesprochen sind: Kinder, Jugendliche, Familien, Erwachsene. Viele Gemeinden unterstützen zusätzlich zu diesem Beitrag auch noch das Theater Basel, teilweise mit direkten Zuwendungen, teilweise mit vergünstigten Eintrittstickets. Oberwil hat sich für das Letztere entschieden, dies unter anderem deshalb, weil dann die Zuwendungen an das Theater Basel automatisch den Oberwilerinnen und Oberwilern zugutekommen. Natürlich hat Oberwil selber auch ein reiches kulturelles Leben, das die Gemeinde zum Glück unterstützt. Aber es ist ja allgemein bekannt, dass man das riesige Angebot, das Basel und die Umgebung bieten, ebenfalls nutzt. Darum ist es bei den meisten Gemeinden üblich, dass man das entsprechend honoriert. Die Kulturkommission findet, die CHF 60'000, die bisher ausgegeben wurden, sollte man nicht, wie hier vorgesehen, um rund CHF 20'000 kürzen, also um einen ganzen Drittel. Das geht über jedes Mass hinaus. Die Kulturkommission empfiehlt daher der Versammlung, diese beiden Einsparungen abzulehnen. Als Beispiel dafür, dass Oberwil in diesem Punkt keine übermässigen Ausgaben tätigt, konnte man gerade vor zwei Wochen im BiBo lesen: die Nachbargemeinde Bottmingen zahlt allein für das Theater Basel CHF 60'000 im Jahr; daneben zahlt sie auch in den Kulturpool ein und unterstützt vermutlich auch noch andere Institutionen. Bottmingen gibt mindestens CHF 80'000 bis 100'000 pro Jahr aus. Da sollte Oberwil bereit sein, CHF 60'000 zu tragen. *[Beifall]*

Beatrice Grenacher als langjähriges Mitglied der Kulturkommission legt der Versammlung dringlich ans Herz, diese Streichung nicht vorzunehmen. Schliesslich ist man im Leimental auch stolz darauf, dass man dank dem 10er-Tram ein reiches Kulturangebot in Basel vor der Haustüre hat; dass man daran ein kleines bisschen zahlt, ist kein Luxus. Das ist keine Spende an Basel, sondern es ist so, dass Oberwil von Basel profitiert. Die Votantin empfiehlt dringend, ein wenig davon zurückzugeben. *[Beifall]*

Maria Amrein weist aus Sicht der Gemeindegemeindekommission darauf hin, dass Oberwil die grösste Gebergemeinde ist. Da darf sie von ihren

bisher CHF 40'000 auf rund CHF 25'000 zurückfahren. Man ist sich bewusst, dass das für die Kulturschaffenden ein schmerzlicher Einschnitt ist; trotzdem befürwortet die Gemeindegemeinschaft diese Kürzung.

Gemeinderat Karl Schenk nimmt Stellung nicht als Finanzchef, als der er diese Kürzung sowieso unterstützen muss, sondern auch als Verantwortlicher für Kultur. In dieser Eigenschaft tut es ihm natürlich weh, einen solchen Antrag stellen zu müssen. Aber nun befindet man sich eben in der Situation, wo Sparmöglichkeiten gefunden werden müssen, und da muss man in allen Bereichen suchen. Wie Maria Amrein gerade sagte, ist Oberwil im Kultur-Pool Leimental – das sind alle Gemeinden von Binningen bis nach Burg, plus Schönenbuch – im vergangenen Jahr mit CHF 40'000 der grösste Beitragszahler gewesen, obwohl Oberwil nicht die grösste Gemeinde im Leimental ist. Jede Gemeinde kann in diesen Pool einzahlen, was sie für richtig hält; es gibt keinen Schlüssel wie etwa einen bestimmten Frankenbetrag pro Einwohner. Von daher hält der Gemeinderat diese Kürzung für vertretbar. Insgesamt geht es um eine Grössenordnung von rund CHF 100'000, die in diesem Pool zusammenkommt und dann an die verschiedenen Veranstaltungen – städtisch oder im Leimental – verteilt werden.

Der Gemeinderat bittet die Versammlung um Unterstützung dafür, dass die Kultur auch einen gewissen Beitrag zu den Sparmassnahmen leisten muss. Zu den Theatertickets wird Karl Schenk beim nächsten Punkt Stellung nehmen.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei einigen Gegenstimmen wird beschlossen:

://: DER KÜRZUNG DES BEITRAGES AN DEN KULTUR-POOL LEIMENTAL UM 37.5% IM RAHMEN DER LEISTUNG 13101 „UNTERSTÜTZUNG KULTURELLER AKTIVITÄTEN“ WIRD ZUGESTIMMT.

107

- Verzicht auf den Verkauf von vergünstigten Theatertickets

Gemeinderat Karl Schenk erläutert die Vorgehensweise: Die Gemeinde kauft beim Stadttheater Tickets für CHF 13'000 ein und verkauft sie an die Einwohnerinnen und Einwohner für CHF 6'500 weiter, also massiv vergünstigt. Sofern es sich bei den Käuferinnen und Käufern um Personen handelt, die ohne diese Vergünstigung nicht ins Theater gegangen wären, dann handelt es sich um eine Subvention ans Theater; soweit es sich um Besucherinnen und Besucher handelt, die sowieso ins Theater gegangen wären, jetzt aber günstiger zu ihrem Ticket kommen, ist es eine Subvention an die Bezüger. Aber die Idee ist es, dass es ein Beitrag zugunsten des Theaters sein soll. Hier gilt das Gleiche wie eben beim Thema Kultur-Pool gesagt: Als Kulturverantwortlicher hat Karl Schenk Tränen in den Augen, als Finanzchef hingegen bittet er die Versammlung, dem Gemeinderat zu folgen und diese Einsparung zu unterstützen.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei einigen Gegenstimmen wird beschlossen:

://: DEM VERZICHT AUF DEN VERGÜNSTIGTEN THEATERTICKETS IM RAHMEN DER LEISTUNG 13101 „UNTERSTÜTZUNG KULTURELLER AKTIVITÄTEN“ WIRD ZUGESTIMMT.

108

- Verzicht auf Leistungen Dritter bei Unterhalt von Strassen und Wegen.

Es gibt keine Wortbegehren.

109

- Wasser der Dorfbrunnen über Wintermonate abstellen.

Lotti Stokar erläutert, dass die Dorfbrunnen mit Trinkwasser gespeisen werden. Der Gemeinderat findet es schön, dass die Gemeinde sich das leisten kann, meint aber, dass man die Brunnen in den Wintermonaten abstellen könnte.

Käthi Lindner möchte wissen, wann «Winter» ist. Wann genau sollen die Brunnen abgestellt werden?

Gemeinderat Hanspeter Ryser geht davon aus, dass man die Brunnen im November abstellen würde, und diese dann je nach Witterung bis März/April abgestellt bleiben. Das macht auch Sinn: keine Kuh geht dann mehr saufen, kein Kind will plantschen; es wird nur Wasser verbraucht für nichts und kostet erst noch Unterhalt. Diese Einsparung tut niemandem weh und ist sehr sinnvoll.

Beat Schmid möchte wissen, ob sämtliche Brunnen betroffen sein sollen, oder ob einzelne weiterlaufen sollen.

Gemeinderat Hanspeter Ryser erläutert, gemeint seien sämtliche Brunnen, die im Eigentum der Gemeinde stehen, Privatbrunnen selbstverständlich nicht. [*Heiterkeit*]

- Verzicht auf neuen Weiher Biotop Chuegraben.

110

111

Roland Steiner spricht als Präsident des Natur- und Vogelschutzvereins Oberwil (NVO), aber auch als Privatperson. Nichts ist beständiger als der Wandel, und trotz vermehrten Anstrengungen und einem verbreiteten Umweltbewusstsein geht der Artenschwund ungebremst weiter, auch in Oberwil. Das steht in krassem Gegensatz zur aktuellen Beurteilung in der Bevölkerung und auch in den meisten Gemeinden. Sie schätzen den Zustand der Biodiversität als gut ein. Faktisch ist das aber nicht haltbar. Je nach Artengruppe ist heute ein Drittel bis weit über die Hälfte der Arten gefährdet. Überraschend ist auch, dass selbst Allerweltsarten wie Amsel, Buchfink und Haussperling im Bestand abnehmen. Oberwil ist naturgemäss ein Amphibienland. Der Bielhübel ist eine Erfolgsgeschichte. Es kommen dort auf engstem Raum Arten von nationaler Bedeutung

vor, z.B. Kammmolch, Gelbbauchunke, Laubfrosch, Kreuzkröte, Geburtshelferkröte und viele andere. Solche künstliche Ersatzbiotope benötigen eine permanente und fachgerechte Pflege. Darum beantragt der Votant, die Kürzung beim Unterhalt des Biotops Bielhübel abzulehnen.

Lotti Stokar macht den Votanten darauf aufmerksam, dass im Moment noch der vorhergehende Punkt «Verzicht auf neuen Weiher Biotop Chuegraben» an der Reihe ist und fragt ihn an, ob er auch zu diesem Thema Stellung nehmen will.

Roland Steiner bejaht dies. Beim Chuegraben geht es um die Kreuzkröte. Es gibt dort ein grosses Kreuzkrötenbiotop, die Ziegelei. Spezialisten sagen aber, dass diese Kreuzkrötenpopulation auf so engem Raum längerfristig nicht überlebensfähig ist. Das Biotop muss vernetzt werden, und es muss Zwischenbiotope geben. Solche hat man aus privater Hand bereits gebaut und gefördert, was hoffentlich auch weitergehen wird. Das Problem ist, dass man die ohnehin raren Geldgeber sehr schwer überzeugen kann, wenn die Standortgemeinden nicht wirklich dahinterstehen. Und dahinterstehen kann man eigentlich nur mit Geld.

Der Votant stellt daher den Antrag, dass der Teich im Chuegraben realisiert wird, dass aber, um doch einen Sparbeitrag zu leisten, im Jahr 2015 nur CHF 10'000 aufgewendet werden, die weiteren CHF 10'000 im Folgejahr.

Stefan Toth als Biologielehrer am Gymnasium teilt mit, dass das Gymnasium einen Beitrag zu dem grossen Feuchtbiotopverbund leistet. Auf dem Schulgelände wird zusammen mit Schülern ein Teilbiotop realisiert, auf dem die Kreuzkröte langfristig siedeln kann. Es wäre gut, wenn der ganze Biotopverbund nachhaltig gesichert werden könnte.

Ludwig Macko spricht, wie Roland Steiner, als Vorstandsmitglied des NVO. Er möchte auf eine Lösungsmöglichkeit hinweisen für den

Fall, dass das Projekt Chuegraben abgelehnt wird: Man kann dem NVO beitreten und das Ganze finanziell unterstützen.

Gemeinderat Christian Pestalozzi bestätigt, dass es sich bei dem geplanten Weiher im Chuegraben um ein ganzes Vernetzungsprojekt im Leimental handelt, weil man gemerkt hat, dass man allein mit dem Standort bei der Ziegelei den Lebensraum für die gefährdete Kreuzkröte nicht sichern kann; der Bestand hat bereits weiter abgenommen. Der Chuegraben ist ein kantonales Naturschutzgebiet und ein idealer Standort für einen solchen Weiher. Das Land gehört der Gemeinde. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es richtig ist, dort diesen Weiher anzulegen. Er findet aber, man sollte zuerst prüfen, ob man ihn auch durch Drittmittel finanzieren kann oder, dass man anderenfalls die Massnahme um ein Jahr verschiebt.

Lotti Stokar lässt zweistufig abstimmen und stellt zunächst die Varianten «CHF 20'000 streichen» und «CHF 10'000 streichen» gegenüber.

ABSTIMMUNG

://: MIT 304:221 WIRD IM RAHMEN DER LEISTUNG 17202 „NATUR UND UMWELTSCHUTZ“ DEM ANTRAG VON ROLAND STEINER, NUR CHF 10'000 STATT CHF 20'000 ZU STREICHEN, ZUGESTIMMT.

Lotti Stokar lässt nun darüber abstimmen, ob die Ausgabe für den neuen Weiher im Biotop Chuegraben im Jahr 2015 um CHF 10'000 gekürzt werden soll, oder ob sie in ursprünglich vorgesehener Höhe bestehen bleiben soll.

ABSTIMMUNG

Mit 318:184 Stimmen wird beschlossen:

://: DER KÜRZUNG UM CHF 10'000 FÜR DEN NEUEN WEIHER BIOTOP CHEUHGRABEN IM RAHMEN DER LEIS-

**TUNG 17202 «NATUR- UND UMWELTSCHUTZ» WIRD
ZUGESTIMMT.**

111

- Unterhalt Biotop Bielhübel reduzieren

Gemeinderat Christian Pestalozzi erläutert, es handle sich hier um das Reservat beim Reservoir. Es wird seit einigen Jahren durch eine externe spezialisierte Firma gepflegt, die sehr kostengünstig arbeitet, mit Zivildienstleistenden und Arbeitslosen. Ein solches Naturschutzgebiet braucht regelmässig Pflege. Diese muss aber nicht jedes Jahr gleich ausführlich sein. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man jetzt einmal für ein Jahr mit einer reduzierten Pflege auskommen kann. Es wird sich aber nicht um eine dauerhafte Einsparung handeln.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei einigen Gegenstimmen wird beschlossen:

://: IM RAHMEN DER LEISTUNG 17202 „NATUR- UND UMWELTSCHUTZ“ WIRD DER REDUKTION DES UNTERHALTS IM BIOTOP BIELHÜBEL UM CHF 10'000 ZUGESTIMMT.

Lotti Stokar ruft nun den Punkt «Weitere Sparmöglichkeiten» gemäss S. 5 der Einladung auf. Diese vier Sparmöglichkeiten hat der Gemeinderat zwar als solche identifiziert, empfiehlt der Versammlung jedoch, sie abzulehnen.

112

Patrick Meier stellt den Antrag, die vier Massnahmen gem. S. 5 der Einladung in einem Schnelldurchlauf zu behandeln. Der Grund: Alle Anwesenden haben sich in diesen Punkten ihre Meinung schon gebildet. Er bittet, dass über diesen Antrag abgestimmt wird.

Lotti Stokar weist den Antragsteller darauf hin, dass so nicht vorgegangen werden kann. Zuerst kann nun die Gemeindekommission, wie von ihr verlangt, ihre Stellungnahme abgeben. Wenn Patrick Meier die Diskussion abkürzen will, kann er nachher einen Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion stellen. Dann wird eine Rednerliste erstellt und diese Wortbegehren werden noch angenommen.

Patrick Meier insistiert auf sofortiger Stellung seines Ordnungsantrags.

Lotti Stokar weist ihn darauf hin, dass auf jeden Fall zuerst die Gemeindekommission das Wort hat.

Maria Amrein führt namens der Gemeindekommission aus: Man sei sich einig gewesen, dass alle sehr gern einen Markt besuchen; aber man war auch der Meinung, dass die Organisation eines Marktes nicht zu den Kernaufgaben einer Gemeinde gehört. Die GK ist darum für die Streichung dieser Leistung.

Auf Anregung von Lotti Stokar gibt Maria Amrein auch gleich die Stellungnahmen der Gemeindekommission zu den weiteren drei Massnahmen bekannt.

Nähkurs: Die letzte Abstimmung über den Nähkurs war mit sehr vielen Emotionen aufgeladen, dies auch, weil die Betroffenen sich übergangen gefühlt hatten. Sie wollten sich wehren und sich Gehör verschaffen. Zu jenem Zeitpunkt waren das sehr berechtigte Anliegen. Doch auch hier ist die Gemeindekommission der Meinung, es gehöre in heutiger Zeit nicht zu

113

den Kernaufgaben einer Gemeinde, einen solchen Nähkurs zu subventionieren.

114 Ruftaxi: Die Gemeindekommission ist mit 9:4 Stimmen gegen die Streichung. Das Ruftaxi kommt allen zugute, den Jungen wie den Älteren, denen, die im Zentrum wohnen wie denen, die in den Aussenquartieren wohnen.

115 Fördergelder für energetische Massnahmen: Die Gemeindekommission befürwortet den Verzicht. Pro Antrag gewährt die Gemeinde eine Förderung in der Höhe von CHF 500. Für den Hauseigentümer ist das ein sehr kleiner Betrag und wohl kaum ausschlaggebend für eine Sanierung an der Gebäudehülle; es gibt diesbezüglich andere Anreize. Die Leistung war ursprünglich lanciert worden, um zusätzlichen Anreiz für Energiesparmassnahmen im privaten Bereich zu geben. Die GK ist jedoch der Meinung, dass inzwischen die Möglichkeiten, Energie und Kosten zu sparen, hinlänglich bekannt sind, sodass es diese Leistung nicht mehr braucht.

Patrick Meier wiederholt seinen Ordnungsantrag, dass ohne weitere Voten abgestimmt wird.

Lotti Stokar stellt fest, sie müsse jetzt Punkt für Punkt fragen, ob es Wortbegehren dazu gibt. Diese wären jetzt zu melden, dann wird eine Liste festgelegt.

Daniel Gmür möchte das Vorgehen bei einem Ordnungsantrag erklären [*heiterer Beifall*]: Wenn er gestellt ist, wird die Versammlung unterbrochen und es wird über ihn abgestimmt. Zum hier vorliegenden Ordnungsantrag möchte er inhaltlich sagen: Auch wenn es demokratisch entschieden werden würde, fände er es nicht in Ordnung, den Stimmberechtigten das Recht zur Wortergreifung an einer Gemeindeversammlung zu nehmen.

Lotti Stokar dankt für die «Nachhilfestunde» und räumt ein, dass sie den Antrag von Patrick Meier verwechselt hat mit einem Antrag auf Schluss der Diskussion. Sie lässt nun über den Ordnungsantrag von Patrick Meier abstimmen. Er lautet dahin, dass über alle vier anstehenden Punkte keine Diskussion stattfinden soll.

ABSTIMMUNG

://: DEM ORNDUNGSANTRAG VON PATRICK MEIER, ÜBER DIE VIER SPARVORSCHLÄGE «STREICHUNG DER LEISTUNG 13102, MÄRKTE IN OBERWIL», «STREICHUNG DER LEISTUNG 13105, NÄHKURS», «STREICHUNG DER LEISTUNG 16201, RUFTAXI» SOWIE «VERZICHT AUF FÖRDERGELDER FÜR ENERGETISCHE MASSNAHMEN IM RAHMEN DER LEISTUNG 17202 „NATUR- UND UMWELTSCHUTZ“» OHNE DISKUSSION ABZUSTIMMEN, WIRD MIT 290:252 STIMMEN ZUGESTIMMT.

Lotti Stokar erläutert, dass trotzdem der Gemeinderat – wie ja vorher auch die Gemeindegemeinschaft – Gelegenheit haben muss, Stellung zu nehmen. Es wurde ja anfangs der Versammlung gesagt, dass Gemeinderat Karl Schenk keine Globalstellungnahme abgeben, sondern sich zu jedem Punkt einzeln äussern wird.

Gemeinderat Karl Schenk hält zumindest zum Thema Markt eine Information für unerlässlich: Alle Mitglieder der Marktkommission sind letztes Jahr zurückgetreten. Der Gemeinderat hat daraufhin beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu gründen. Diese ist personell zusammengesetzt, hat sich aber noch nicht konstituiert, weil eben heute das Thema traktandiert ist. Aufgabe der Arbeitsgruppe soll es vor allem sein, eine neue Trägerschaft für die Märkte zu schaffen. Sollte heute aber entschieden werden, dass die Märkte ganz gestrichen werden, so wird die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit nicht aufnehmen.

116

**Sparvorschlag 2.1.6.
Verzicht auf Markt**



Wollen Sie die Leistung 13102 „Märkte in Oberwil“ streichen?

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: DER STREICHUNG DER LEISTUNG 13102 «MÄRKTE IN OBERWIL» WIRD ZUGESTIMMT.

**Sparvorschlag 2.1.7.
Verzicht auf Nähkurs**



Wollen Sie die Leistung 13105 „Nähkurs“ streichen?

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen wird beschlossen:

**://: DER STREICHUNG DER LEISTUNG 13105 «NÄHKURS» WIRD
ZUGESTIMMT.** 117

118

**Sparvorschlag 2.1.8.
Verzicht auf Ruftaxi**



**Wollen Sie die Leistung 16201 „Ruftaxi“
streichen?**

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

**://: DIE STREICHUNG DER LEISTUNG 16201 «RUFTAXI» WIRD
ABGELEHNT.**

Sparvorschlag 2.1.9.

Verzicht auf Fördergelder



**Wollen Sie im Rahmen der Leistung 17202
„Natur- und Umweltschutz“ auf die Auszahlung
von Fördergeldern für energetische Massnahmen
bei Gebäudesanierungen verzichten?**

Gemeinde Oberwil

Seite 27

119

Gemeinderat Christian Pestalozzi nimmt eine Richtigstellung vor: Entgegen der Äusserung von Maria Amrein geht es nicht darum, dass jeder, der eine Gebäudesanierung vornimmt oder einen Sonnenkollektor anschafft, CHF 500 bekommt, sondern die Subvention ist gekoppelt an den Beitrag, den der betreffende Hausbesitzer vom Kanton bekommt. Dieser Beitrag wiederum ist davon abhängig, welche Energieeinsparung mit der betreffenden Massnahme verbunden ist. Die Gemeinde zahlt 20% des Kantonsbeitrages, maximal CHF 2000.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

**://: DEM VERZICHT AUF FÖRDERGELDER FÜR ENERGETISCHE
MASSNAHMEN BEI GEBÄUDESANIERUNGEN IM RAHMEN
DER LEISTUNG 17202 «NATUR- UND UMWELTSCHUTZ» WIRD
ZUGESTIMMT.**

Lotti Stokar nimmt Bezug auf die Auflistung S. 7/8 der Einladung (Leistungsbudget) und gibt Gelegenheit, Anträge zu einzelnen Leistungspunkten zu stellen.

Andreas Eugster erwägt, eine zusätzliche Streichung zu beantragen, möchte aber zuerst wissen, wie hoch der Betrag ist. Er hat die Frage einmal in einem Leserbrief gestellt, aber immer noch keine Antwort gefunden. Die Gemeinde Oberwil ist bekanntlich Träger des Labels «Energistadt». Um dieses Label tragen zu dürfen, muss man gewisse Voraussetzungen erfüllen im Energie- und Umweltbereich. Das kostet Geld. Der Votant möchte wissen, wie viel diese Massnahmen kosten; und je nachdem, wie hoch der Betrag ist, wird er beantragen, diese Posten zu streichen.

120

Gemeinderat Christian Pestalozzi teilt mit, die Gemeinde Oberwil habe im Frühjahr 2012 das Label Energiestadt bekommen. Das Label zeichnet Gemeinden aus, die sich im Bereich Energieeinsparung und Verwendung erneuerbarer Energien besonders engagieren. Es geht darum, mit dem Label zu zeigen, dass die Gemeinde beim Thema Energiewende eine Vorreiterrolle übernimmt. Für das Energiestadt-Label muss man nicht eine Menge Massnahmen treffen, sondern es geht darum, dass man Massnahmen gezielt, nach einem klaren Konzept, trifft. Alle vier Jahre wird ein Massnahmenkatalog ausgearbeitet und vom Gemeinderat beschlossen. Es geht darum, dass man nicht eine Hüst-und-hott-Politik betreibt, sondern die Massnahmen unabhängig davon, wer gerade in der Verwaltung oder im Gemeinderat tätig ist, umsetzt. Der Gemeinderat ist der Meinung dass der sorgfältige Umgang mit der Ressource Energie in der heutigen Zeit eine Daueraufgabe für eine Gemeinde ist. Darum ist so ein Label wichtig, damit man konstant an dem Thema dranbleibt.

Grössere Kosten sind angefallen, als erstmals das Label beantragt wurde. Das waren etwa CHF 20'000. Jetzt zahlt die Gemeinde jedes Jahr einen Beitrag von CHF 2'600. Davon gehen CHF 500 ab für fachmännische Unterstützung, die die Gemeinde vom Verein Energiestadt gratis beziehen kann. Alle vier Jahre gibt es eine Rezertifizierung, die CHF 10'000 kostet. Das sind aber nicht Administrativgebühren, sondern es handelt sich um Fachunterstützung für die Ausarbeitung des Vierjahresplans. Die «Energistadt» als solche kostet die Gemeinde also CHF 5'000 pro Jahr. Das kann man sparen, mehr nicht.

Es wurden die verschiedensten Massnahmen realisiert. Diese sind aber ganz unterschiedlichen Konten zugeordnet. Wenn etwa beschlossen wur-

de, die Strassenbeleuchtung auf LED umzustellen, dann läuft das nicht über das Energiestadt-Konto, sondern auf das Konto der Strassenbeleuchtung. Man hat aber auch Hauswartkurse durchgeführt; da geht es darum, dass die Hauswarte ihre Anlagen so betreiben, dass sie möglichst wenig Energie verbrauchen. Das spart dann wieder Energiekosten. Man betreibt auch Umweltbildung, um bereits die Jugendlichen mit dem Thema zu konfrontieren und ihnen zu zeigen wo Einsparungen möglich sind. All diese Dinge befinden sich nicht in einem Topf und beziehen sich nicht auf eine einzelne Leistung, die man streichen könnte. Sondern wenn man das Energiestadtlabel aufgibt, spart man CHF 5'000 im Jahr.

Andreas Eugster betont, er sei nicht gegen Massnahmen im Energiesparbereich; diese soll die Gemeinde durchaus treffen. Es glaubt aber, dafür brauche es das Energiestadt-Label nicht. Jeder verantwortungsvolle Eigentümer einer Liegenschaft oder eines Betriebes soll selbstverständlich Energiesparmassnahmen treffen, die sinnvoll sind. Aber das Energiestadt-Label ist für den Votanten eine Prestigeübung. Im Übrigen hat seines Wissens auch die Gemeinde Bottmingen auf das Label verzichtet, und man lebt dort auch noch. *[Beifall]*

Gemeinderat Karl Schenk als Finanzchef weist auf einen Link hin, an den in diesem Zusammenhang wahrscheinlich niemand gedacht hat. Die Gemeinde muss ja Fremdgelder aufnehmen für den Bau des Schulhauses am Marbach. Der Zins, der dort gezahlt wird, ist mit dem Zusatz verknüpft, dass es einen Bonus gibt, wenn man das Energiestadt-Label hat. *[Heiterkeit]* Über die Laufzeit gesehen bekommt die Gemeinde CHF 25'000 Franken, weil sie damals, als das ausgehandelt wurde, noch das Energiestadt-Label hatte. Das ist zwar eine etwas entfernte Verknüpfung, aber es ist tatsächlich eine. Es handelt sich um zwei Kredittranchen, eine über fünf, eine über zehn Jahre.

Andreas Eugster bittet Karl Schenk nochmals um Bestätigung, dass es ein Negativgeschäft wäre, das Energiestadt-Label jetzt aufzugeben. *[Karl Schenk bejaht.]* Wenn das so ist, zieht er seinen Antrag selbstverständlich zurück. *[Beifall]*

Claudio Nohara hat einen Antrag betreffend die Auslagerung der Steuer-
veranlagung nach Liestal. Diese kostet die Gemeinde pro Jahr
CHF 700'000. Die Gemeinde erhält von Liestal pro Veranlagung CHF 40.
Bei 6'000 Haushalten macht das rund CHF 240'000 aus. Das heisst, man
könnte rund CHF 500'000 pro Jahr sparen. Das wäre doch eine Sache, die
man befürworten könnte.

121

Lotti Stokar bittet den Antragsteller, seinen Antrag im Sinn eines Budge-
tauftrages zu stellen. Das Thema ist jetzt zu komplex. Darüber müsste der
Gemeinderat in der nächsten Gemeindeversammlung im Detail berichten
können.

Claudio Nohara stellt einen Budgetauftrag zuhanden der Gemeindever-
sammlung, dass die Steuerveranlagung nach Liestal ausgelagert werden
soll.

Lotti Stokar stellt fest, dass dann noch darüber abgestimmt werden muss,
ob dieser Auftrag überwiesen wird. Jedenfalls ist er jetzt deponiert.

Ursula Wyss spricht namens der Gemeindegemeinschaft, die sich ebenfalls
Gedanken über weitere Sparmöglichkeiten gemacht hat. Aus dieser Dis-
kussion ergab sich ein Anliegen, dem fünf Mitglieder zugestimmt haben.
Sieben Mitglieder verneinten, eines hat sich enthalten. Der Antrag kann
somit der Gemeindeversammlung als Minderheitsantrag der Gemeindegemeinschaft
unterbreitet werden. Der Antrag lautet: Der Kostendeckungs-
grad der Leistung 1207, Parkraumbewirtschaftung, wird auf 50% erhöht.
Das wäre ein klassischer Budgetauftrag nach WoV. Warum wird ein Kos-
tendeckungsgrad von nur 50% beantragt? Eine Parkraumbewirtschaftung
könnte auch gewinnbringend eingesetzt werden. Im Jahr 2012 hat der Ge-
meinderat garantiert, dass das Parkieren auf den sogenannten Laternen-
parkplätzen für Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde gratis sein
soll. Das soll so lange gelten, wie das Parkraumreglement nur für einige
Quartiere umgesetzt ist. Denn wenn man jetzt eine Parkgebühr erheben
würde, dann würde das die Anwohner der ÖV-nahen Quartiere treffen, und
das wäre ungerecht. Aber einen Kostendeckungsgrad von 50% kann man
nach Meinung der Antragsteller erreichen, ohne Parkgebühren zu erheben.
Gemäss Budget 2015 sind Ausgaben von ca. CHF 78'000 und Einnahmen

122

Gemeindeversammlung vom 4. März 2015

von ca. CHF 15'000 zu erwarten. Das entspricht einem Kostendeckungsgrad von 19%. Wenn man den Kostendeckungsgrad auf 50% erhöht, dann bedingt das Mehreinnahmen von CHF 24'000 oder Minderausgaben von CHF 48'000. Würde man die Gültigkeit der Einwohnerparkkarte verlängern, so könnte man die Verwaltung wirksam entlasten; oder man könnte sich vorstellen, den ganzen Verwaltungsaufwand beim Ausstellen der Einwohnerparkkarte in Rechnung zu stellen. Bei fast 1'800 ausgestellten Parkkarten für Einwohner, Gewerbe, Handwerk und Mitarbeiter, die mehrheitlich in den ersten Januartagen bezogen werden, macht es sicher Sinn sich zu überlegen, wie man die Verwaltung entlasten kann. Die Votantin bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Lotti Stokar stellt klar, auch hier gehe es darum, dass der Gemeinderat das Anliegen prüfen und an der Budgetgemeindeversammlung vom kommenden Dezember einen Antrag vorlegen soll.

Peter Wagner zieht eine Parallele: Eine Firma, der es finanziell schlecht geht, entlässt drei Putzfrauen, die je 20% arbeiten, und hat dann das Gefühl, sie könne so die Firma sanieren. Das funktioniert nicht. Man muss oben reduzieren, wo die hohen Saläre sind. Bei den jetzt auf dem Tisch liegenden Kürzungen geht es hier um tausend Franken, dort um fünfzehnhundert Franken. Aber für Führungsaufgaben des Gemeinderates sind CHF 460'000 eingesetzt, bei der Musikschule CHF 900'000. Gesetzliche Sozialhilfe, vermutlich KOS, was aber kein Gesetz, sondern nur Empfehlungen sind: 4 Millionen. Beiträge an Institutionen: CHF 120'000. Da müsste man sich doch gut überlegen, ob nicht an einen oder anderen Ort mindestens 10% eingespart werden könnten. Dann wäre das Budget vielleicht plötzlich ein bisschen gesunder. *[Beifall]*

Lotti Stokar nimmt das Votum entgegen im Sinne von «weitere Sparbemühungen», ein Thema, an dem der Gemeinderat wie gesagt dranbleiben wird.

Paul Hofer spricht den Umstand an, dass in den zurückliegenden zwei Monaten ja nur gebundene Ausgaben getätigt werden durften, und möchte wissen, wieviel man in dieser Zeit dadurch gespart hat, dass die nicht gebundenen Ausgaben nicht ausgegeben wurden.

Gemeinderat Karl Schenk hält fest, das Notbudget sei kein Sparbudget, sondern ein Budget der gesetzlichen Notwendigkeit. Man kann gewisse Ausgaben nicht tätigen, wenn man dafür kein Budget hat. Es lag also nie eine Absicht vor, hier verdeckt etwas einzusparen. Ganz vieles sind gebundene Ausgaben, gebunden auch z.B. in Form von Arbeitsverträgen, die weiterlaufen. Es ist hier ja nicht wie in den USA, wo bei fehlendem Budget die ganze Verwaltung freigestellt wird. Die Einsparung, die aus den beiden Monaten resultieren wird, wird sehr klein sein. Die Buchhaltung hat im Moment allerdings anderes zu tun, als diese Einsparungen zu errechnen. Grob gerechnet lässt sich sagen, dass das Ruftaxi pro Quartal etwa CHF 10'000 bis 12'000 bringt. Andere Massnahmen bringen relativ wenig. Umgekehrt geht Karl Schenk davon aus, dass durch die Erschwernisse im Betrieb auch die eine oder andere Mehrausgabe entstanden ist. Den genauen Nachweis wird man haben, wenn die Rechnung vorliegt. In letzter Zeit war man beschäftigt mit dem Rechnungsabschluss 2014 und mit dem Budget, das heute vorliegt. Paul Hofer kann aber davon ausgehen, dass auf diese Weise das Budget nicht ins Lot gebracht wurde.

Paul Hofer ist gespannt, wie das dann in der Rechnung aussehen wird.

123

Jetzt hat er noch einen Budgetauftrag für 2016. Es geht um ein Lieblingsthema von ihm: die Leistung 13202, Hallenbad. In Liestal hatte man vor zehn Jahren im Hallenbad, und im öffentlichen Bad auch, grosse finanzielle Probleme. Dann kam jemand auf die Idee der Privatisierung. Danach gingen die Leistungen hoch, die Kosten herunter. Der Votant bittet den Gemeinderat, für das Budget 2016 zu überlegen, ob nicht auch das Hallenbad in Oberwil privatisiert werden sollte.

Claude Scheidegger spricht als Privatperson, nicht als Mitglied der Gemeindegemeinschaft. Er knüpft an die Frage von Paul Hofer an, wieviel man gespart habe durch das Ablehnen des Budgets und die Verschiebung der Gemeindeversammlung. Der Votant fragt ergänzend: Wieviel hat das gekostet? Was kostet eine zusätzliche Gemeindeversammlung, und vor allem: Wie hoch ist der Zinsverlust – denn man konnte ja keine Steuerrechnungen verschicken.

Gemeindeversammlung vom 4. März 2015

Gemeinderat Karl Schenk stellt fest, das gehöre zu dem Teil, den er selbst gerade erwähnt hat: das eine oder andere hat mehr gekostet. Aber das ist noch nicht erfasst. Man wird das berechnen. Sonnenklar ist: Diese Versammlung ist nicht gratis.

Lotti Stokar rekapituliert, dass jetzt drei Budgetaufträge auf dem Tisch liegen: erstens Privatisierung Hallenbad, zweitens Kostendeckungsgrad bei Parkplatzbewirtschaftung auf 50% erhöhen, drittens Auslagern der Steueranlagung. Es muss jetzt darüber abgestimmt werden, ob diese Aufträge an den Gemeinderat überwiesen werden sollen.

In Sachen Parkplatzbewirtschaftung, die ihr eigenes Thema ist, hat Lotti Stokar der Gemeindekommission bereits signalisiert, dass der Gemeinderat die Sache bereits prüft. Der Gemeinderat empfiehlt der Versammlung, diesen Auftrag zu überweisen.

ABSTIMMUNG

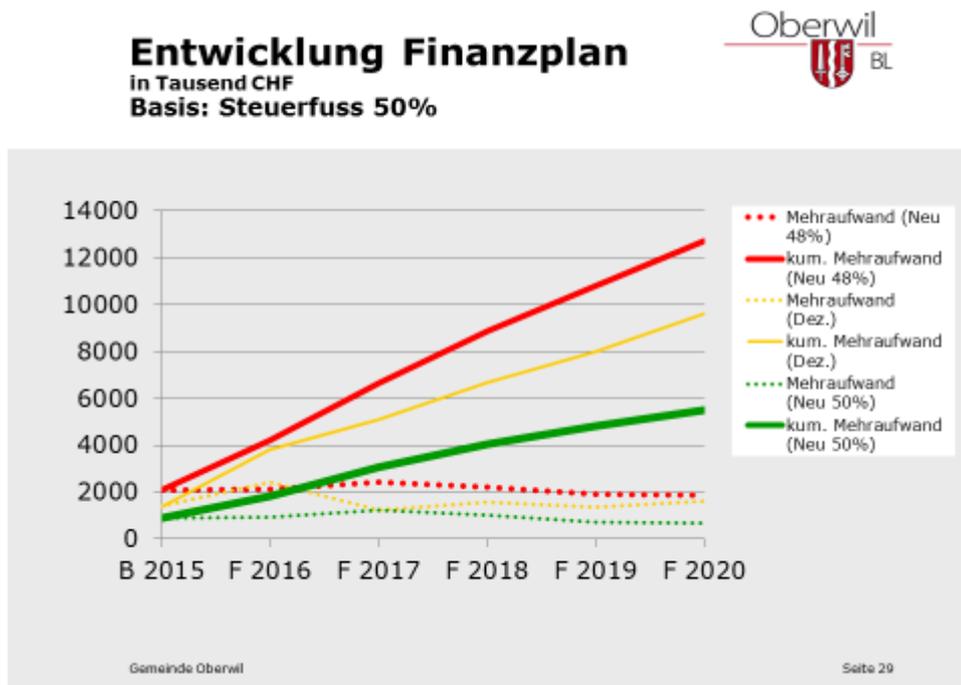
124

://: MIT GROSSEM MEHR WIRD DER BUDGETAUFTRAG VON CLAUDIO NOHARA, DIE LEISTUNG 19201 «STEUERVERANLAGUNG VON UNSELBSTÄNDIG ERWERBENDEN» AN DEN KANTON AUSZULAGERN, ÜBERWIESEN.

://: MIT GROSSEM MEHR WIRD DER MINDERHEITSANTRAG DER GEMEINDEKOMMISSION, BEI DER LEISTUNG 10207 «PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG» DEN KOSTENDECKUNGSGRAD AUF 50% ZU ERHÖHEN, ÜBERWIESEN.

://: MIT GROSSEM MEHR WIRD DER BUDGETAUFTRAG VON PAUL HOFER BETREFFEND LEISTUNG 13202, PRIVATISIERUNG DES HALLENBADS, ÜBERWIESEN.

Gemeinderat Karl Schenk führt aus, der Gemeinderat habe das Thema Steuern und Gebühren nochmals intensiv diskutiert und dabei auch das Ergebnis der Konsultativabstimmung in der Gemeindeversammlung vom Dezember 2014 zur Kenntnis genommen, wonach eine Steuererhöhung nicht gewünscht war. Rein formal ist es so, dass die Höhe des Steuerfusses heute zwingend nochmals zur Diskussion und Abstimmung gestellt werden muss.



Diese Grafik zeigt den Mehraufwand (gepunktete Linien) und den kumulierten Mehraufwand über die Finanzplanperiode. Es gibt drei Paare von Kurven:

Gelb ist der Finanzplan in der Version vom Dezember 2014 mit Steuerfuss 50% und einer weiteren Erhöhung ab 2017. Er zeigt einen Mehraufwand zwischen 1 und 2 Millionen, über die ganze Finanzplanperiode kumuliert gegen 10 Millionen.

Grün ist die grobe Korrektur, wie die Entwicklung aufgrund des heute vorliegenden neuen Budgetvorschlags etwa herauskommen könnte. Die Pla-

nung ist mit den neusten Kenntnissen aktualisiert und rechnet mit einem Steuerfuss über die ganze Periode von konstant 50%. Man erkennt einen deutlich geringeren Mehraufwand, was daran liegt, dass man bereits für 2015 mit einem niedrigeren Budgetdefizit anfängt und dieses auch in den Folgejahren tiefer sein wird. Die Annahmen über die künftigen Steuereinnahmen beruhen natürlich unvermeidlicherweise zu einem Teil auf Spekulation. Bei optimistischen Annahmen hätte man die grüne Kurve auch horizontal einzeichnen können.

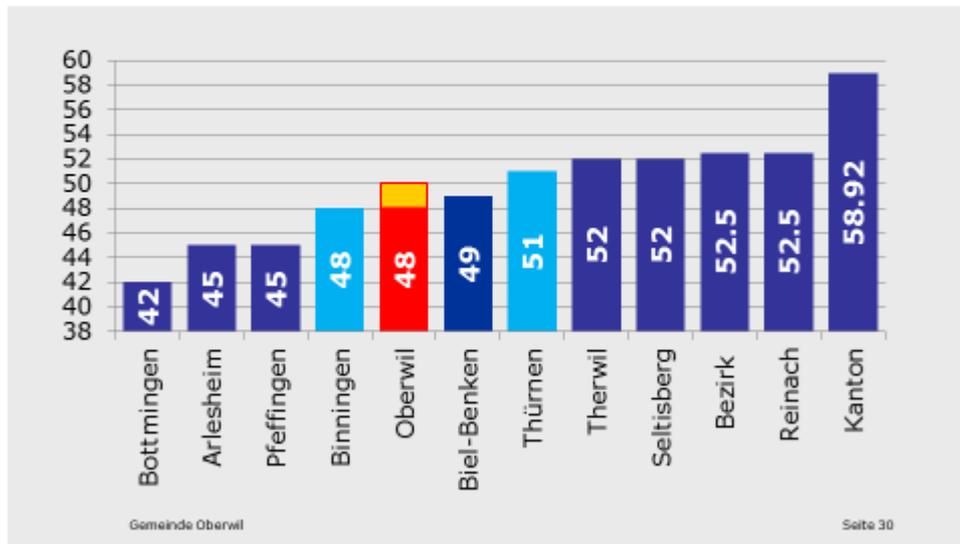
Die rote Kurve entspricht dem, wenn man über die ganze Finanzplanperiode hinweg auf eine Erhöhung des Steuerfusses verzichten würde. Ein Steuerfussprozent entspricht etwa CHF 660'000, zwei Prozent demnach ca. CHF 1.25 Mio. Die Differenz der roten Kurve zur grünen entspricht dem Verzicht während sechs Jahren auf Einnahmen von jeweils 1.25 Millionen, also insgesamt 7.5 Millionen – Geld, das fremd finanziert werden muss und somit für künftige Generationen Schulden erzeugt. Im Moment ist die Verschuldung zwar wegen der tiefen Zinssätze extrem billig. Aber es sind Schulden, die man mit laufender Rechnung anhäuft, und das ist kein nachhaltiges Wirtschaften. Aus diesen Überlegungen heraus konnte es sich der Gemeinderat nicht so einfach machen, zu sagen: Die Gemeindeversammlung vom Dezember wollte keine Anhebung des Steuerfusses, also lassen wir es dabei.

Eine Variante wäre es, den Steuerfuss für das laufende Jahr bei 48% zu belassen und ihn im kommenden Dezember, mit dann nochmals aktualisiertem Wissen, wieder zur Diskussion zu stellen.

Um ehrlich zu sein: Natürlich bringt es die Gemeinde nicht um, wenn man den Steuerfuss jetzt bei 48% belässt. Aber der Gemeinderat hat einen Auftrag, einen nachhaltigen Finanzhaushalt zu präsentieren. Er hat diesen Auftrag ernst genommen und übernimmt die Verantwortung und schlägt trotz des Votums der Dezember-Versammlung vor, den Steuerfuss für 2015 auf 50% zu erhöhen.

Zum Vergleich hier die – inzwischen durchwegs beschlossenen – Steuerfüsse einiger Nachbargemeinden.

Vergleich Steuerfüsse 2015

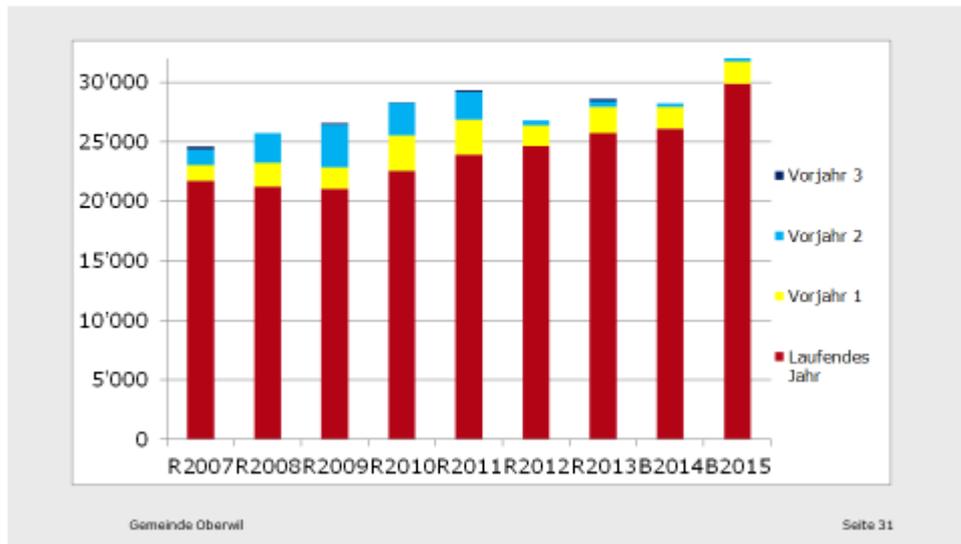


Binningen hat seinen Steuerfuss erhöht, Thürnen ebenfalls. In Bottmingen lebt man in Sachen Steuerfuss am günstigsten, Oberwil ist mit 48% auf Rang 5; wenn Oberwil auf 50% ginge, würden Oberwil und Biel-Benken den Platz tauschen. Im Bezirk Arlesheim liegt der Schnitt bei 52.5%. Reinach hat 52.5%, Aesch 56%, Allschwil 58%, Münchenstein 59%. Es gibt da also noch ganz andere Steuerhöhlen als Oberwil.

127

Wenn man die Steuerentwicklung über die Jahre anschaut, dann sieht man einen stetigen Anstieg, mit Ausnahme des Jahres 2012, wo Sondereffekte spielten.

Entwicklung Steuern Natürliche Personen - in 1000 CHF



Seither steigt die Kurve wieder an; man weiss auch bereits, dass die Säule für 2014 etwas höher sein wird als in dieser Grafik, die auf dem Budget 2014 beruht. Die Säule für 2015 ist deshalb höher, weil sie von der Annahme eines Steuerfusses von 50% ausgeht. Bei Annahme von 48% läge die Zahl um ca. 1,25 Mio. tiefer. Oberwil lebt übrigens weitgehend von den natürlichen Personen. Juristische Personen, also Firmen, machen 5% des Gesamtsteuerertrages aus. Zum Vergleich: in Reinach sind dies 25%, in Allschwil 22%, in Münchenstein 20%. Therwil ist mit 8% in einer ähnlichen Grössenordnung wie Oberwil. Oberwil ist also sehr stark von den natürlichen Personen und deren Steuerabgaben abhängig, im Gegensatz zu anderen Gemeinden, die stark auch von Firmen leben.

Somit gelangt der Gemeinderat zu den in der Einladung auf S. 9 unten ersichtlichen Anträgen betreffend Steuern und Gebühren:

Steuerfuss, Steuersätze, Gebühren



Steuerfuss für natürliche Personen (von der Staatssteuer)	50%
Ertragssteuersatz für juristische Personen	4%
Kapitalsteuer für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften	2.75‰
GGA-Gebühren (pro Monat exkl. MWSt.)	10.-

Gemeinde Oberwil

Seite 32

Der Gemeinderat hat sehr wohl ernst genommen, was in der Dezemberversammlung gesagt wurde; trotzdem ist er aus seiner Aufgabe heraus überzeugt, dass der korrekte Antrag lauten muss, den Steuerfuss auf 50% zu erhöhen. Die beiden anderen Steuerfüsse und die GGA-Gebühren sind unverändert. Diese sind ja auch im Dezember nicht wirklich umstritten gewesen.

Im Dezember wurde noch eine Frage gestellt, die Karl Schenk an dieser Stelle beantworten will: Der durchschnittliche Steuerertrag pro steuerpflichtige Person in Oberwil beträgt etwa CHF 4'300. Die beantragte Erhöhung würde diesen durchschnittlichen Oberwiler mit CHF 190 pro Jahr belasten. Es kann nun jeder selber einschätzen, wo er im Vergleich zu diesem durchschnittlichen Oberwiler liegt. Für die Gemeinde würde es 1.25 Mio. im Jahr ausmachen. Oder anders gesagt, das nach den vorhin getroffenen Beschlüssen noch ca. CHF 375'000 betragende Defizit für 2015 läge dann wieder bei ca. 1.6 Mio.

Claude Scheidegger informiert über die Stellungnahme der Gemeindekommission. Zuerst aber bedankt er sich bei den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen, das er grossartig findet, was immer die anstehende Abstimmung ergeben wird. Man wird heute Abend eine repräsentative Meinung erhalten. Die Gemeindekommission kam zum Schluss, dass eine

Erhöhung der Steuern nicht zu umgehen ist, dies bei einem Stimmenverhältnis von 8:4 bei 1 Enthaltung. Die Minderheit in der Gemeindekommission bleibt überzeugt, dass es auch ohne Steuererhöhung gehen muss. Wenn heute Abend die Frage wäre, wer eine Steuererhöhung will, dann würde wahrscheinlich keine einzige Hand hochgehalten. Das ist aber nicht die zentrale Frage, die heute ansteht. Heute wird gefragt: Glauben Sie dem Gemeinderat als Gesamtbehörde, dass er sich echt Mühe gibt, mit den vorhandenen finanziellen Mitteln sorgfältig umzugehen, und dass er das auch weiterhin so handhaben wird – inklusive zusätzlichen Bemühungen, externe Kosten wenn möglich zu reduzieren? Die zweite zentrale Frage ist: Möchten Sie all die Errungenschaften der letzten Jahre beibehalten, die mehrheitlich durch die Gemeindeversammlung gewünscht und bewilligt wurden und auf die Oberwil stolz sein darf? Die Gemeindekommission beantwortet diese Frage mehrheitlich mit ja; sie will diese Dinge weiter haben und ist zur Überzeugung gekommen, dass das ohne Steuerfusserhöhung nicht geht. Wenn man diese ablehnt, ist eines gewiss: Es wird grosse Probleme in der Geschäftsführung der Gemeinde Oberwil geben, und am Ende des Jahres wird man ein höheres Defizit haben. Das ist es, was man bewusst in Kauf nimmt, wenn man jetzt einer Steuererhöhung nicht zustimmt. Heute geht es nicht um ein bisschen Poltern aus persönlichem Ärger oder um ein bisschen Schimpfen gegen den Gemeinderat, so, wie es vielleicht manche dachten, als sie im Dezember nein sagten. Heute wird beantwortet, ob Oberwil als Gemeinde, als Gemeinwesen und als Gemeinschaft weiterhin funktionieren kann, und ob eine Mehrheit anerkennt, dass das seinen Preis hat. Keinen billigen Preis, aber einen guten. Zuletzt hat Claude Scheidegger noch eine persönliche Bitte: Wenn die Anwesenden sich für oder gegen eine Erhöhung des Steuerfusses entscheiden, so sollen sie nicht danach entscheiden, was eine Partei vorgibt, egal welche. Sie sollen auch nicht danach entscheiden, was der Nachbar meint oder der Lebenspartner, Mann oder Frau. Sie sollen in sich hineinhorchen und auf die eigene Stimme hören und denken: So muss es sein. Das ist Claude Scheideggers Zitat. *[Beifall]*

Guido Nigg will drei Argumente vortragen. Erstens: Der SNB-Entscheid vom 15. Januar hat den Franken gegenüber dem Euro stärker gemacht. Man weiss nicht, wie die Konjunktur in Zukunft verläuft – wohl eher Richtung Depression. Sicher wird man nicht mehr die Wachstumssteigerungen

wie bisher haben. Das heisst, mit zunehmenden Steuereinnahmen ist nicht mehr unbedingt zu rechnen. Zweitens: Wenn man auf 50% geht, ist der Druck zum Sparen ganz automatisch reduziert. Drittens: Mit der Anhebung auf 50% sägt man an dem Ast, auf dem man sitzt. Wer als steuerlich relevante Person zügelt, der schaut, welche Gemeinde beim Steuersatz eine Vier vornedran hat. Der Votant bittet daher, für 48% zu stimmen.

Adrian Mangold findet, Oberwil soll leben, und nur ein finanziell gesundes Oberwil kann ein lebendiges Oberwil sein. Die Steuererhöhung wird allen helfen; denn längerfristig profitieren alle von den guten Leistungen, die die Gemeinde anbietet. Gute Leistungen bleiben nur so lange gut, wie sie auch von der Allgemeinheit finanziell getragen werden in Form von Steuern. Fazit: Weniger Investieren heisst auch weniger profitieren. Der Wegfall wichtiger Leistungen, die die Gemeinde anbietet, ist aus Sicht der SP weitaus schmerzhafter, als die paar zusätzlichen Steuerfranken, die jeder Einzelne in den Topf einzahlt. In der Tat, die Gemeindefinanzen werden sehr stark von fremdbestimmten Lasten beeinflusst. Das ist auch ein Grund für die heutige finanzielle Situation. Erhöht man den Steuerfuss nicht, wird es eine grössere Finanzlücke geben, eine Lücke, die man irgendwann stopfen muss. Zukünftige Generationen und bereits die heutigen Jungen werden dafür geradestehen müssen und die Lasten tragen. Kann die Gemeindeversammlung das verantworten? Das ist die Frage. In den nächsten paar Jahren kommen grosse und nötige Projekte auf die Gemeinde zu. Das Thomasgartenschulhaus muss saniert werden. Die Steuererhöhung abzulehnen, heisst den Kopf in den Sand zu stecken. Das ist keine dauerhafte Lösung und entspricht auch nicht der Diskussions- und Entscheidungskultur, die eigentlich bis jetzt in Oberwil geherrscht hat. Die Gemeindefinanzen können nur gesund sein, wenn man der Gemeinde jetzt mehr Geld zur Verfügung stellt. Bis jetzt hat die Gemeindeversammlung meist gut überlegt und nachhaltige Entscheide gefällt. Man soll auch heute mit klarem Verstand und aufgrund der Faktenlage, wie sie vorhin präsentiert wurde, entscheiden. Wie man gesehen hat, hat Oberwil auch mit 50% immer noch einen sehr attraktiven Steuerfuss innerhalb des Kantons. Die SP wünscht sich ein Oberwil, das Platz für alle Gesellschaftsschichten bietet. Das geht nur, wenn die Leistungen weiterhin bezahlt werden. *[Beifall]*

Peter Wagner findet, den Steuerfuss zu erhöhen, wäre eines. Aber noch viel besser wäre es doch, wenn man einmal ein Aktionsprogramm ins Leben rufen würde mit dem Ziel, dass nächstes Mal nicht in den Steuerunterlagen stehen muss: «Der Erlösbeitrag des Bereiches Finanzen und Steuern bleibt massgeblich durch Steuereinnahmen natürlicher Personen bestimmt.» Was tut die Gemeinde, was tut Gemeindepräsidentin Stokar, damit auch Industrie und Gewerbe nach Oberwil kommen? Es dünkt den Votanten, der seit elf Jahren hier wohnt, er habe in dieser Hinsicht noch nicht viel gesehen. Wenn sich da etwas ändern würde, würde die Gemeinde vielleicht auch besser dastehen. *[Beifall]*

Paul Hofer findet Vergleiche anhand einer Rangliste fehl am Platz. Gemeinderat Schenk hat auch noch gesagt: Um ehrlich zu sein mache es doch gar nicht wirklich etwas aus, wenn man erst ein oder zwei Jahre später den Steuersatz erhöhen würde. Der Votant findet: Den Steuersatz jetzt dort zu lassen, wo er ist, zwingt die Gemeinde, ans Sparen zu denken. Der Spardruck wird dann aufrechterhalten. Gefreut hat den Votanten die Initiative mit der Chronik. Etwas mehr Eigenverantwortung und einige Aktivitäten selber zu übernehmen ist viel gescheiter, als jetzt schon mit dem Steuerfuss nach oben zu gehen. Und was Karl Schenk noch vergessen hat: Wenn man spart, dann geht die Kurve eben nicht gleich schnell nach oben, sondern sie wird flacher. Der Votant bittet, jedenfalls noch für ein Jahr bei 48% zu bleiben und dann weiterzuschauen. *[Beifall]*

Christian Oetiker dankt vorab der FDP. Er ist zum ersten Mal an einer Gemeindeversammlung. Das ist ein gutes Erlebnis. Er ist froh, dass so viele Leute hier sind. Von der ganzen Chose hat er erfahren, als seine Tochter nach Hause kam und sagte, sie könne nicht ins Klassenlager gehen, weil das Budget nicht bewilligt worden sei. Es hat ihn als Oberwiler schockiert, dass man hier in dieser Art und Weise politisieren muss. Heute kam der Votant hierher mit der Erwartung, dass die FDP, die das Chaos angerichtet hat, mit vernünftigen Argumenten aufwarten würde, warum man die Steuern nicht erhöhen solle. Bis jetzt hat der Votant kein solches Argument gehört. Von Karl Schenk, der anscheinend auch in der FDP ist, hat der Votant hingegen ein paar vernünftige Argumente dafür gehört, warum der Steuerfuss erhöht werden sollte. Der Votant versichert abschliessend, dass er einen substanziellen Beitrag zu der Steuererhöhung leisten würde. *[Beifall]*

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Lotti Stokar lässt nun abstimmen – zuerst über den Antrag des Gemeinderates, den Steuerfuss auf 50% anzuheben. Wird dieser Antrag abgelehnt, bleibt es automatisch bei 48%.

ABSTIMMUNG

1. Mit 364:226 Stimmen wird beschlossen:

://: DER ANTRAG DES GEMEINDERATES, DEN STEUERFUSS FÜR EINKOMMEN UND VERMÖGEN VON NATÜRLICHEN PERSONEN AUF 50% DES STAATSSTEUERBETRAGES FESTZUSETZEN, WIRD ABGELEHNT.

2. Mit grossem Mehr bei einzelnen Gegenstimmen wird beschlossen:

://: DEM ERTRAGSSTEUERSATZ FÜR JURISTISCHE PERSONEN GEMÄSS § 58 ABS. 2 STG VON 4% WIRD ZUGESTIMMT.

DER KAPITALSTEUER DER KAPITALGESELLSCHAFTEN UND GENOSSENSCHAFTEN GEMÄSS § 62 ABS. 2 STG VON 2,75 ‰ WIRD ZUGESTIMMT.

DER GGA-GEBÜHREN VON CHF 10.00 PRO MONAT EXKL. MWST. WIRD ZUGESTIMMT.

Lotti Stokar kommt nun zur Schlussabstimmung über das Leistungsbudget. Maurus Zink hat die im Laufe der Versammlung getroffenen Beschlüsse verfolgt und das Leistungsbudget dementsprechend aktualisiert. Die in den Beschluss (Einladung S. 10 oben) aufzunehmende Zahl lautet neu, auch nach Korrektur um die nun verminderten Steuereinnahmen: CHF 1'626'812.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen wird beschlossen:

://: DEM LEISTUNGSBUDGET 2015, DAS EINEN KOSTENÜBERSCHUSS VON CHF 1'626'812 AUSWEIST, WIRD MIT DEN DAMIT VERBUNDENEN LEISTUNGSaufTRÄGEN ZUGESTIMMT.

Traktandum 3: Diverses

Lotti Stokar möchte der Versammlung beliebt machen, in Anbetracht der späten Stunde heute auf dieses Traktandum zu verzichten. Sie teilt einzig mit, dass beim Gemeinderat ein Antrag von Beat Schmid nach § 68 Gemeindegesetz eingegangen ist. Der Antrag, der schriftlich vorliegt, ist sehr lang und wird daher jetzt nicht vorgelesen. Inhaltlich geht es um eine Änderung des § 28 der Gemeindeordnung, in dem es um die Finanzkompetenz des Gemeinderates geht. Der Antrag wird dann der Gemeindeversammlung vorgelegt, entweder in der Juni-Versammlung zur Erheblicherklärung, oder im September, dann direkt mit einem Vorschlag.

Antrag von Beat Schmid:

129

1. Änderung der Gemeindeordnung im § 28 a: Halbierung der Finanzkompetenz des Gemeinderates für ungebundene Ausgaben von derzeit 2% p.a. resp. 2‰ pro Ereignis auf 1% p.a. und 1‰ pro Ereignis (% resp. ‰ bezogen auf laufende Rechnung – Basis Budget Vorjahr) mit zusätzlicher Einzelfallregelung gem. Antragspunkt 2.
2. Ergänzung der Gemeindeordnung im § 28 durch folgende Einzelfallregelung (u.a. unter Anwendung von § 88 Abs. 4 des Gemeindegesetzes bei Antragspunkt 2.1):
 - 2.1 Erhöhung ad hoc für Einzelereignisse bis 1.5‰ – Genehmigung durch Gemeindegemeinschaft
 - a) Der Gemeinderat kann bei ungebundenen Ausgaben für Einzelereignisse, die voraussichtlich o.g. 1‰ übersteigen, von der Gemeindegemeinschaft die Genehmigung zur Finanzkompetenzerhöhung für das entsprechende einzelne Ereignis bis 1.5‰ beantragen.
 - b) Solcherart genehmigte Ereignisse würden unter eine kumulierte Jahressumme (d.h. alle Ereignisse zusammengenommen) von 1.5% fallen (alle anderen nicht auf die Art genehmigten Ereignisse müssen weiterhin die Limite von 1% erfüllen).
 - 2.2 Erhöhung ad hoc für Einzelereignisse bis 2 ‰ – Genehmigung durch Gemeindeversammlung „ad hoc“

Gemeindeversammlung vom 4. März 2015

- a) Der Gemeinderat kann bei ungebundenen Ausgaben für Einzelereignisse, die voraussichtlich auch o.g. 1.5‰ (Genehmigung durch Gemeindekommission) übersteigen, von der Gemeindeversammlung ad hoc (ohne vorgängige Traktandierung – Erwähnung an GV unter Varia / Diverses) die Genehmigung zur Finanzkompetenzerhöhung für das entsprechende einzelne Ereignis bis 2‰ beantragen.
- b) Solcherart genehmigte Ereignisse würden unter eine kumulierte Jahressumme von 2% fallen (alle anderen nicht auf die Art genehmigten Ereignisse müssen weiterhin die Limite von 1% erfüllen – resp. durch die Gemeindekommission genehmigte Ereignisse 1.5%).

Die nächste Gemeindeversammlung findet schon in knapp drei Wochen statt, am Dienstag, 24. März, voraussichtlich in der Wehrlinhalle. Lotti Stokar dankt allen Anwesenden fürs Ausharren und Mitdiskutieren und wünscht allen eine gute Heimkehr.

Stefan Toth weist darauf hin, dass morgen früh um 9 Uhr eine Theaterprobe beginnt. Er bittet deshalb darum, alle Zettel und sonstigen Gegenstände mit hinauszunehmen und die Stühle zu stapeln.

Lotti Stokar schliesst die Versammlung um 23:30 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bestätigen

GEMEINDERAT OBERWIL

Die Präsidentin: Der Verwalter:

Lotti Stokar

André Schmassmann

4104 Oberwil,